

Wöchentlich 86 Pf., monatlich 3,60 M., im voraus zahlbar, Postbezug 4,32 M., einschließlich 60 Pf. Postzinsen; und 72 Pf. Vertriebskosten. Auslandabonnement 6,- M. pro Monat; für Länder mit erhöhtem Postzuschlagporto 5,- M.

Der „Vorwärts“ erscheint wochentags zweimal, Sonntags und Montags einmal, die Abendausgabe für Berlin und im Handel mit dem Titel „Der Abend“. Illustrierte Beilage „Wort und Welt“, Ferner „Frauenstimme“, „Lehmit“, „Bild in die Bücherwelt“, „Jugend-Vorwärts“ u. „Stichtbeilage“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Mittwoch
7. Januar 1931
Groß-Berlin 10 Pf.
Auswärts 15 Pf.

Die einseitige Konparierung des „Vorwärts“ mit dem „Kleinen Tagblatt“ ist unangebracht. „Kleines Tagblatt“ hat 25 Blätter (zwei farbige Seiten), jedes weitere Blatt 12 Pfennig. „Vorwärts“ hat 12 Blätter, jedes weitere Blatt 10 Pfennig. „Vorwärts“ über 13 Buchstaben zählen für zwei Blätter. „Kleines Tagblatt“ 40 Pfennig. Familienangelegenheiten 40 Pfennig. Anzeigenannahme im Hauptgeschäft Lindenstraße 3, wochentags von 9 bis 17 Uhr.

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Dönhofs 292-297 Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postfachkonto: Berlin 57 556. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Lindenstr. 3, Zt. S. u. Dtsch.-Ges., Depositenk., Jerusalemstr. 65/66.

Wir gehen alle mit!

Wir gehen alle mit!

Der Körper des ermordeten Willi Schneider nimmt heute seinen letzten Weg vom Friedrichshain nach der Gerichtstraße zum Krematorium. Wir alle werden ihn dorthin geleiten.

Was ist es, was uns auf diesen Weg treibt mit einer Macht, der wir uns nicht entziehen können? Es ist Trauer um sinnlos vernichtetes junges Menschenleben, Mitgefühl mit einer Familie, aus deren Mitte heraus dieser junge Mensch niedergestürzt worden ist, Empörung, heiße Empörung über eine feige, niederträchtige, noch ungeführte Mordtat. Es ist aber noch mehr.

Was uns in den Bann dieser Trauerkundgebung zieht und uns zwingt, an ihr teilzunehmen, das ist unser entschlossener Kampfwille. Jeder Mann, jede Frau, die sich diesem Leichenzuge anschließen, sie legen damit ein Gelöbnis ab, nicht nur für heute und morgen, sondern für alle kommenden Tage dem Banner zu folgen, das der Tote, als er noch lebte, ihnen vorangetragen hat.

Dieses Banner ist kein Banner der brutalen Gewalt. Es ist kein Banner der Blutrache und der bitteren Vergeltung. Es ist das Banner des geistigen Kampfes für Freiheit und Menschenwürde, das Banner des Protestes gegen Verrohung und Verwischung des öffentlichen Lebens. Es ist das Banner der Demokratie und des Sozialismus.

Unsere Beteiligung an dem Leichenbegängnis des von ihnen ermordeten Willi Schneider soll unseren Feinden zeigen, daß man die moderne, sozialistische Arbeiterbewegung nicht aus der Welt schießen kann, nicht mit Revolvern, nicht mit Maschinengewehren oder Feldgeschützen. Sie sollen dessen gewahr werden, daß jeder Tod, den sie über einen einzelnen von uns verhängen, für das Ganze, das wir darstellen, nur eine Zunahme an Kraft bedeutet. Unsere Beteiligung an diesem Leichenbegängnis soll eine Kundgebung sein für den tiefen Sinn unserer großen geistigen Bewegung und gegen die Sinnlosigkeit der Gewalt.

Wir wissen, daß wir mitten in einem großen Klassenkampf stehen, über dessen Ausgang die Kraft der Organisation entscheiden wird. Die Kraft einer Organisation ist aber immer die Kraft einer Idee. Es ist die letzte Höllenlist unserer Gegner, daß sie uns ihre Truppen entgegenstellen in der Verkleidung einer „sozialistischen“ Partei und einer „Arbeiterpartei“. Die kapitalistischen Scharfmacher schießen nicht selber auf sozialdemokratische Arbeiter, das besorgen andere Leute. Teile und herrsche! Wo sich Proletarier gegen Proletarier hegen lassen, da steht die Macht des Kapitals unerschütterlich.

Den großen Haufen der Nachläufer stellt der versinkende Mittelstand. Aber die aktiven Elemente, die für den Nahkampf zu gebrauchen sind und die wie die Hehunde losgelassen werden — das sind irreführte junge Proletarier! Wen sucht die Polizei als den mutmaßlichen Mörder und seine Spießgesellen? Einen Kaufmannsgehilfen, einen Maler, einen Maurer!

Seien wir uns klar darüber: die Vergeltungsparole ist sinnlos. Der moderne Klassenkampf kann nicht geführt werden nach den Regeln und mit den Mitteln der albanischen Blutrache. Daß wir uns zur Wehr setzen und unsern Mann stellen, wenn man uns angreift, ist selbstverständlich. Daß wir unseren Genossen und Kameraden, wo sie angegriffen werden, Schutz gewähren, ist noch selbstverständlicher. Aber kein Sozialdemokrat, kein Reichsbannermann wird Gewalt üben, wenn er nicht durch Gewalt der Gegenseite unmittelbar dazu herausgefordert wird. Politischen Gegnern nachstellen, sie niederknallen, die Flucht ergreifen, leugnen, wenn man gefaßt wird — o nein, so etwas ist niemals sozialdemokratisch, das ist immer nationalsozialistisch!

Der Gedanke, man könne eine Bewegung vernichten, indem man einzelne ihrer Anhänger vernichtet, ist nicht sozialdemokratisch — nicht nur, weil er unmenschlich, sondern auch,

Jeder freigewerkschaftliche Arbeiter, Angestellte und Beamte beteiligt sich an der Trauerfeier für den ermordeten Kollegen Schneider

Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund
Ortsausschuß Berlin Bredow

Allgemeiner freier Angestelltenbund
Ortskartell Groß-Berlin Flatau Petersdorf

Allgemeiner Deutscher Beamtenbund
Bezirksausschuß Groß-Berlin Hayne

Verschiedene Anzeichen lassen darauf schließen, daß bei der heutigen Trauerkundgebung vereinzelte Störungsversuche unternommen werden könnten.

Wer solche Störungsversuche unternimmt, ergreift damit die Partei der Mörder und kennzeichnet sich selbst — mag er mit dem Hakenkreuz oder mit dem Sowjetstern geschmückt sein — als ein Acht-groschenjunge Adolf Hitlers.

Das rechtzeitige, massenhafte und entschlossene Auftreten der sozialdemokratischen Arbeiter, der Reichsbannerkameraden und der Gewerkschaftsgenossen wird etwaige Störungsversuche, gleichviel, von welcher Seite sie kommen sollten, schon im Keime zum Scheitern bringen.

weil er entsetzlich dumm ist. Jeder Sozialdemokrat, der von politischen Gegnern getötet wird, wirkt als Blutzeuge für die Sozialdemokratie und noch nach seinem Tode als Werber. Gilt aber nicht dasselbe auch für jeden Nationalsozialisten, der anders als in gerechter Notwehr getötet wird? Hat die stumpfsinnige Kommunistenparole: „Schlagt die Faschisten, wo ihr sie trefft!“ etwa verhindert, daß die Faschisten bei den letzten Wahlen fünfzig Prozent Stimmen mehr bekommen haben als die Kommunisten? Kein Sozialdemokrat, kein Reichsbannermann denkt

Richter verhöhn die Republik!

Neuer Justizskandal in Mitteldeutschland. — Die Strafkammer Halle preißt auf das Reichsgericht

Halle, 6. Januar. (Eigendericht.)

Der einstige Wasserstillstandskommissar und heutige Kostgänger der Republik, Oberstleutnant Duesterberg, der zweite Bundesvorsitzende des Stahlhelms, hatte in einer Rede zum Volkenscheid gegen die Fürstenabfindung erklärt, Minister Orzeszinski habe wegen seiner Dienste als ausführendes Organ der Feindbundmächte den Orden der Ehrenlegion verdient. Wenn er sich den auf seinen Frack hefte, könnte man ihn bei seinen Gelagen wenigstens vom Kellner unterscheiden. Den Merseburger Regierungspräsidenten v. Harnack nannte er schlimmer als den Juden Ischariot, dem der ging wenigstens hin und hängte sich auf für seinen Berrat. Das hätte v. Harnack nicht getan.

Wegen dieser unerhörten Beschimpfungen erhielt Duesterberg vom Großen Schöffengericht Eisleben eine Geldstrafe von 500 M. Die Berufungskammer in Halle, unter dem Vorsitz des Landgerichtsdirektors Bühnemann, ermäßigte die Strafe auf 150 M. Wegen dieses Urteils legte die Staatsanwaltschaft Revision ein. Das Reichsgericht hob das Urteil mit der ausdrücklichen Feststellung auf,

darin, einzelne Nationalsozialisten physisch vernichten zu wollen. Unser Ziel ist höher gestellt: wir wollen die nationalsozialistische Bewegung selbst vernichten. Wir wollen diesen Ungeist, der das deutsche Volk vergiftet, ausrotten mit Stumpf und Stiel. Wir wollen erreichen, daß ihr „großer“ Hitler in ein paar Jahren ebenso ein abgespielter Komödiant ist wie seine Vorgänger: Wilhelm II., Erich Ludendorff und weiland „Reichskanzler“ Kapp. Wir wollen über das Feld, auf dem früher einmal die Nationalsozialistische Partei gestanden hat, unsere Fahnen vorwärtstragen.

Das werden wir nicht können, wenn wir uns zu einem Guerillakrieg in den Schluchten der Großstadt verteilen lassen, aber wir werden es können, wenn wir kaltblütig unsere große geistige und moralische Überlegenheit in die Waagschale der Entscheidung werfen. Wäre nicht diese unsinnige, verbrecherische Spaltung, so stünden wir heute schon von einem Ende des Reiches bis zum andern den Hakenkreuzhorden mit doppelter Hebermacht gegenüber. Aber trotz der Spaltung sind wir ihnen überall, vor allem hier in Berlin, weitaus überlegen, nicht nur an Zahl, sondern vor allem auch an jenen tiefen Machtquellen, die immer aus geistiger Kraft strömen.

Unsere Gegner sind hassenswert und wir hassen sie. Aber selbst unser Haß muß uns sagen, daß wir uns im Kampfe gegen sie keine Blöße geben dürfen. Weil es ums Ganze geht, müssen wir kaltblütig und besonnen sein!

Fast jeden Tag fällt in Deutschland ein junger Mensch im schleichenden Bürgerkrieg. Wir wollen ein Ende dieses elenden, schmutzigen erbärmlichen Mordens! Wir wollen, daß Schluß gemacht wird mit der Politik des blutigen Dolches und des rauchenden Revolvers. Wir wollen die moralische Befundung des deutschen Volkes, seine einmütige Abkehr von jenen Elementen, deren Weg von Eisner und Gareis, von Rathenau und Erzberger angefangen bis zu Schneider und Graf, mit ungezählten Opfern des Reichsmordes bedeckt ist!

Wir wollen nicht den Kampf Mann gegen Mann. Dazu sind wir uns zu gut und sie uns zu schlecht. Aber wir wollen den Kampf unseres Geistes gegen ihren Ungeist, unserer Menschlichkeit gegen ihre Rohheit. Wir wollen die Vernichtung nicht einzelner Menschen, sondern die Vernichtung dessen, was jene ihre „Idee“ nennen.

Zu diesem Kampfe treten wir an, und darum gehen wir heute mit!

Alle!

daß die Schwere der Beleidigung eine höhere Strafe gerechtfertigt erscheinen lasse.

Am Dienstag fand in dieser Sache Verhandlung vor der Strafkammer unter dem Vorsitz desselben Landgerichtsdirektors Bühnemann statt. Der Richter wurde nicht müde, immer wieder seine Anschuld an der nachmaligen Verhandlung zu beteuern und immer auf das Reichsgericht zu verweisen, das die Verhandlung veranlaßt habe. In der Beweisabnahme leistete sich Duesterberg fortgesetzt neue Unverschämtheiten. Unter anderem meinte er, der Staatsanwalt sei die letzten zwölf Jahre wohl schelmisch gewesen, denn sonst hätte er merken müssen, daß die Revolution das größte Verbrechen und ein Hoch- und Landesverrat gewesen sei, der die Justiz und das Recht erschüttert habe. Das Reichsgericht habe nur aus politischen Gründen eine Verurteilung verlangt.

Das Gericht lehnte dieselbe Strafe von 150 M. fest.

Aus der Urteilsbegründung ist die Bemerkung des Landgerichtsdirektor Interfant, daß man auf die wirtschaftliche Lage des Angeklagten (Duesterberg) ist Oberstleutnant und bezieht Pension) Rücksicht nehmen müsse und den Abbau der Pension bei der Höhe der Geldstrafe berücksichtigen habe.

„Gefesselte Justiz.“

Wie ein Reichsanwalt im wilhelminischen Deutschland die Justiz dirigierte.

Der alldoische Verlag J. F. Lehmann, München, hat eine Schrift herausgegeben, die — man falle nicht vom Stuhl — erweisen soll, daß die preußische Justiz in republikanischerem Sinne unläuter beeinflusst werde! Zu diesem Zweck wärmt der pseudonyme Verfasser, dessen Person nicht allzuweit von der Firma Ruhmann-Knoll zu suchen sein dürfte, eine Anzahl abgestandener Vorwürfe aus alten Standesfällen auf, die schon ein dutzendmal in ausführlichen Verhandlungen und Untersuchungen des Preussischen Landtags widerlegt worden sind. Selbst der hugenbergsfromme „Vokal-Anzeiger“ sieht sich genötigt, mit leiser Mißbilligung von einigen „über das Ziel hinauschießenden“ Vorwürfen der Schrift abzurücken, für deren tendenziösen Charakter vielleicht das sicherste Kriterium. Das Ganze ist natürlich geschrieben, um gegenüber der gänzlich korrupten Republik die absolute Sauberkeit des alten Systems bengalisch erstrahlen zu lassen. Ja, ja, die Sauberkeit und Lauterkeit des alten Systems! Ganz zufällig ist gerade dieser Tage dafür ein Beleg erschienen, der um so beweiskräftiger ist, als sein rechtsstehender Autor bei der Veröffentlichung sicherlich nicht von bösen Absichten gegen den wilhelminischen Staat als solchen geleitet wurde. Der Tübinger Geschichtsprofessor Dr. J. Haller macht gelegentlich seiner Kritik der Bülow'schen „Denkwürdigkeiten“ in der „D.Z.“ auch folgende Ausführungen:

„Höchst sonderbar ist Bülow's Stellung zu Hamann, seinem Frechdezenten. Er gibt unerschrocken zu, daß dieser Mann, durch den die öffentliche Meinung Deutschlands geleitet wurde, in einem unfauleren Scheidungsprozeß einen Meineid geleistet hatte.“ „Leider“ habe der Staatsanwalt eingegriffen, doch sei schließlich ein Freispruch erfolgt. Dem Zusammenhang errät der Leser, wenn er ihn nicht schon kennt;

der Reichsanwalt hat durch einen starken Druck — unerhöfliche Einschüchterung der Zeugen, durch Staatsanwalt und Vorstehenden — den Freispruch des Angeklagten bewirkt, von dessen Schuld er selber überzeugt war.

Der Zynismus, mit dem der Fürst den Fall bespricht, ist erstaunlich, und er sagt noch lange nicht die ganze Wahrheit. Er verschweigt, daß er die Anklage gegen Hamann längere Zeit verhindert hat, bis Hamann's Gegner durch eine Eingabe an alle Reichstagsabgeordneten sie erzwang.“

Dies Genrebildchen gibt eine gewisse Anschauung von der „Sauberkeit und Lauterkeit“ der Justiz im alten Obrigkeitsstaat. Hinzuzufügen zu Haller's Darstellung wäre höchstens: wenn damals jemand ein Buch „Gefesselte Justiz“ geschrieben und in diesem das Verhalten Bülow's in der Sache Hamann oder gar die noch viel tolleren Eingriffe Bismarck's in die Justiz gebührend beleuchtet hätte, dann wäre das Buch am nächsten Tag beschlagnahmt und der Autor wäre von einem „unbeeinflussten Gericht ins Gefängnis gesteckt worden!“

Der Prozeß Franzen.

Endlich Verurteilung der Zeugen.

Braunschweig, 6. Januar. (Eigenbericht.)

Die Unterlassungsklage des Naziministers Franzen gegen den sozialdemokratischen „Volksfreund“ in Braunschweig ist immer noch nicht erledigt. Sie schwebt zurzeit vor der vierten Zivilkammer des Landgerichts Braunschweig. Vor dem Oberlandesgericht hat nur das Verfahren über den Erlass einer einstweiligen Verfügung seine Erledigung gefunden.

Am Dienstag sind nun in Braunschweig die Berliner Polizeibeamten, Polizeimajor Heinrich, Hauptwachmeister Gehrmann und Kriminalassistent Graf unter Eid vernommen worden. Die Zeugen sagten ohne Einschränkung wie in den früheren Terminen aus. Auch die durch Minister Franzen benannten Zeugen, die Reichstagsabgeordneten Thormählen und Meyer-Quade, der Landtagsabgeordnete Vohse und der Landwirt Guth wurden vernommen. Bis auf Guth wurden auch diese Zeugen verurteilt. Guth's Verurteilung hat sich der beauftragte Richter vorbehalten. Meyer-Quade und Thormählen konnten natürlich nur über das aussagen, was ihnen Franzen nach Schluß seines Abenteuers erzählt hatte. Vohse, der ebenfalls verurteilt wurde, hat in der letzten Verhandlung ausdrücklich erklärt, daß er der preussischen Polizei gegenüber immer die Unwahrheit sagen werde.

Ein neuer Verhandlungstermin ist auf den 15. Januar angesetzt worden.

Demokratendämmerung.

Die Staatspartei in Hessen in voller Auflösung.

Die Deutsche Staatspartei in Hessen ist in voller Auflösung begriffen. Der bisherige Fraktionsführer der Demokraten, Abg. Reiber, hat seinen Austritt aus der Staatspartei erklärt. Der demokratische Minister für Arbeit und Wirtschaft, Kroll, ist der Deutschen Staatspartei überhaupt nicht erst beigetreten. Ein dritter Abgeordneter lehnte seinen Beitritt ebenfalls ab. Von den ursprünglichen Demokraten im Hessischen Landtag gehören nur zwei der Staatspartei an. Auch im Lande treten die entschiedenen Demokraten aus der Deutschen Staatspartei aus. Ende der Woche dürften sich Reiber und Kroll entscheiden, zu welcher politischen Gruppe sie sich in Zukunft schlagen.

Ein Repräsentant Deutschlands.

Wenn Prinzen reisen . . .

Zürich, 6. Januar. (Eigenbericht.)

In der Schweiz hat sich kürzlich folgender kleine Vorfall zugetragen. Stößt da ein hochherzogliches Automobil unachtsamerweise gegen einen Kadfahrer. Der Mann kommt zu Fall und verletzt sich. Der Herrschaftswagen, der augenscheinlich zuerst davontrafen wollte, hält noch 50 Metern. Infolge der Wucht des Anpralls war das Fahrrad am Automobil hängen geblieben und mitgeschleppt worden.

Die vom Bezirksamt Gossau (St. Gallen) an Ort und Stelle und sofort nach dem Vorfall durchgeführte Untersuchung ergab folgende Feststellungen: Der Chauffeur führte zu seiner Entschuldigung an, er habe während der drei vorangegangenen Tage insgesamt nur fünf Stunden geschlafen. Zur Rede gestellt,

Im Kampf gegen die Filmzensur.

Der Leiter der Filmoberprüfstelle versucht sich im Rundfunk zu verteidigen.

Das Verbot des Remarque-Films hat plötzlich die Aufmerksamkeit auf die Filmzensur gelenkt. Der Ministerialrat Dr. Seeger, unter dessen Vorsitz die Oberfilmprüfstelle entscheidet, mußte sich gestern im Rundfunk gegen die Angriffe des Kritikers Herbert Ihering verteidigen. Man merkte bei jedem Satz, daß der Herr Ministerialrat Dr. Seeger selbst das Gefühl hatte, auf ein totes Gleis rangiert worden zu sein.

Ihering beginnt die Debatte mit der These: Die Kunst ist seit 1918 frei. Im Gegensatz dazu steht die Filmzensur. Welchen Zweck hat sie?

Herr Seeger antwortet darauf: Die Filmzensur trägt nur dann in die Erscheinung, wenn ein Film von Klassenhaft aufreizt, die Volksgesundheit oder das religiöse Empfinden beleidigt oder aber verrohende und entmenslichende Wirkung zeitigen könnte. Hinzu kommt die Herabsetzung der nationalen Ehre oder des deutschen Ansehens im Ausland.

Herbert Ihering bemerkt dazu, daß der Klassenkampf ebenfugot durch Studentenfürne aufgereizt werden kann, durch Filme, in denen die zukünftigen Volkslehrer und Volksschlichter als unverbesserliche Trinker und Nichtstuer hingestellt werden. Ist Wahrheit überhaupt verboten? Wenn ein Film eine naturgetreue Photographie von dem Wohnungselend in den Arbeiterquartieren gibt, ist das Aufreizung zum Klassenhaß? Sind friderizianische Parademärsche nicht ebenfugot verwerfliche Momente wie Glendeschlüberungen oder wie die Ausbeutung des wahren, kriegerischen Gefühles? Was heißt denn lange Auffassung der Moral? Gerade in den süß-leblichen Rißschfilmen, an denen wohl kultivierte Menschen Kostoh nehmen, aber die eine Filmzensur ungekürzt spielen läßt, zeigt sich eine absolute Verheit der ehelichen Moral, wenn auch das happy end nach amerikanischen Muster alles in Ordnung bringt. Es handelt sich im Grunde nur um subjektive Maßstäbe. Wo bleibt die Objektivität? Die Filmoberprüfstelle gibt vor, diese Begriffe auf Grund einer langjährigen Übung formuliert zu haben. Ist es aber nicht nur ein Traditionsrecht, das hier spricht und sind diese Begriffe nicht auszulegen „wie ich die Sache auffasse“? Wie ist überhaupt die Zusammenfassung der Filmoberprüfstelle? Hier versucht der Vorsitzende entgegengesetzte Weltanschauungen auf einen Generalnenner zu bringen. Wozu ist die Entscheidung über das Schicksal auch sehr hochwertiger Filme von der zufälligen Zusammensetzung der Kammer abhängig. Basiert nicht die Unsicherheit der deutschen Filmindustrie auf dieser sehr ansehbaren Grundlage?

Herr Dr. Seeger verteidigt sich: Der Vorsitzende hat keinen Einfluß auf die Zusammenfassung der 60 Beisitzer, die jährlich notwendig sind. Das Los entscheidet. Einmal im Jahre ist die Auslosung. Bei der ersten Sitzung nach Neujahr hat jeder Beisitzer eine Urne vor sich und zieht daraus die Lose. Das heißt: der Hüter für die Kunst zieht die künstlerischen Beiräte, der volksgesundheitliche Kandidat die Vertreter seines Faches. Ein Abbau des kost-

spieligen Apparats wäre zu wünschen, denn dieser große Apparat arbeitet ins Leere.

Ihering weist auf die Theaterkritik hin, die auch ohne Zensur den jeglichen Schund der Nachkriegs- und Inflationszeit abgebaut hat. Warum wird der Film kindlich beschränkt?

Herr Seeger antwortet: Eine Sicherheit bietet die Provinz, aus der sich eine große Zahl der Beisitzer rekrutiert. Auch auf die Frage Ihering's, ob es nicht unzug ist, für Berlin einen Film zu verbieten, wenn vielleicht ausgerechnet Mejeritz dagegen Einspruch erhebt, weiß sich Herr Dr. Seeger keinen Rat.

Herr Seeger schweigt auch auf die Behauptung Ihering's, daß die Zusammenfassung der Filmoberprüfstelle bei Verbot des Remarque-Films von vornherein auf ein Verbot schließen ließe. Ja, die Kammer ist geheim, bemerkt Ihering, aber es geht nicht an, daß politische Hintergründe entscheidend für die Ablehnung eines Films ohne Hinzuziehung der Öffentlichkeit bleiben.

Herr Dr. Seeger erklärt dagegen, daß Pressevertretern der Eintritt niemals verweigert worden ist. Nur bei dem Remarque-Film mußte diese Entscheidung aus rein räumlichen Gründen gefällt werden. Er wollte außerdem nicht, daß seine Beisitzer in der Presse bloßgestellt werden.

Ihering entgegnet: Jede öffentliche Persönlichkeit muß mit ihrem vollen Namen die Verantwortung tragen! Auf Ihering's Angriff, daß die Filmzensur zu einer behördlichen Beamteneinrichtung geworden ist, kann Seeger nur antworten, daß die Beisitzer aus dem ganzen Reich gewählt worden sind. Er gibt dann zu, daß politische Filme gefährlich sind.

Ihering antwortet darauf sehr richtig, daß die bisher vorliegenden Entscheidungen die deutsche Filmproduktion hemmen. Die Angst vor Verboten macht nutzlos, da ein Verbot eine nicht vollkommen sicher fundierte Filmgesellschaft ruinieren kann. Seeger's Antwort, daß im letzten Jahre nur zwei bis drei Prozent aller eingereichten Filme verboten worden sind, deutete Ihering daraufhin aus, daß nur unbestimmte Themen zur Aufführung gelangen und daß die deutsche Filmzensur verantwortlich ist für „die Generallinie des Rißches“, auf der sich der deutsche Film bewegt. Die erste Filmproduktion wird dadurch gehemmt. Ach, alles sieht so schön und nett aus der Perspektive der Filmoberprüfstelle aus. „Im Westen nichts Neues“ schadet dem deutschen Ansehen? Aber Herr Hugenberg ließ in seinen Theatern den amerikanischen Fliegerfilm „Wings“ laufen, dessen deutschfeindliche Tendenz im ganzen Ausland anerkannt wurde.

Am Schluß findet Herbert Ihering eine gute Formulierung. Jede Filmindustrie, gleichgültig, ob sie rechts oder links eingestellt ist, hat heute Angst vor deutschen Themen. Wer weiß, was diesen Filmen geschieht?

Noch keine Zensur hat der Kritik standgehalten. Die Filmzensur hat sich der Kritik gestellt und hat eine vernichtende Niederlage erlitten.

Was will Dietrich?

Eine unklare Rede über die Arbeitslosenfrage.

Reichsfinanzminister Dietrich hat auf der Landesversammlung der württembergischen Demokratischen Partei in Stuttgart eine programmatische Rede gehalten, in der er Andeutungen über Pläne der Reichsregierung zur Wüderung der Arbeitslosigkeit machte.

Die Äußerungen Dietrich's sind so unbestimmt gehalten, daß eine eingehende Auseinandersetzung mit diesen Projekten vorläufig nicht möglich erscheint. Die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften haben von der Regierung schon vor Monaten positive Maßnahmen zur Verringerung der außerordentlichen Arbeitslosigkeit gefordert. Die Gewerkschaften haben in erster Reihe geforderte Maßnahmen zur gerechteren Verteilung der Arbeitsmöglichkeiten durch Verbot der Überstundenarbeit, Einführung der 40stündigen Arbeitswoche unter Heranziehung der freierwerbenden Unterstützungsmittel verlangt. Die Sozialdemokratie hat sich diese Forderungen zu eigen gemacht und bereits im Oktober im Reichstag entsprechende Anträge eingebracht. Die Durchführung dieser Forderungen ist bisher am Widerstand der Industrie- und Arbeitgeberverbände sowie der bürgerlichen Parteien gescheitert.

Es muß vorweg betont werden, daß die Grundlage der Arbeitslosenfürsorge die Unterstützung der unverschuldet aus dem Arbeitsprozeß herausgeschleuderten Arbeiter und Angestellten bilden muß, und daß keinesfalls die notwendigen zusätzlichen Maßnahmen zur Wiedereinreihung von Arbeitslosen in den Arbeitsprozeß die finanzielle Sicherung der Unterstützung gefährden dürfen. Vielmehr ist die dringlichste Aufgabe auf diesem Gebiete die Sicherung der Unterstützung für die langfristigen Erwerbslosen durch eine vereinheitlichte Arbeitslosenfürsorge, die den Kommunen die nicht mehr zu tragende Last der Wohlfahrtsunterstützung wesentlich erleichtert. Die Sozialdemokratie hat in ihrem Initiationsgesetz zur Arbeitslosenfürsorge hierfür den Weg gezeichnet. Gewisse Neuhebungen in der Dietrich'schen Rede, die gegen das System der Arbeitslosenunterstützung gerichtet sind, wie z. B. die Äußerung, daß „durch die Arbeitslosenversicherung der Verantwortungsfin-

der Familienangehörigen gelodert sei und eine Unmenge Rot auf diesem System beruhe“, müssen mit Entschiedenheit zurückgewiesen werden. Eine Unmenge Rot hat die Planlosigkeit des kapitalistischen Systems, hat die furchtbare Krise hervorgerufen und die Arbeitslosenversicherung hat wenigstens das Ausmaß dieser Rot ein wenig gemildert.

Die Dietrich'schen Pläne der Lohnzuschüsse für einzelne Industriezweige müssen starke Bedenken erwecken. So richtig die Absicht ist, Arbeitslosen Beschäftigung zu geben, so scheint doch in Dietrich's Plan die Gefahr einer ungerechtfertigten Bevorzugung einzelner Industriezweige und einer ulerlosen Subventionswirtschaft enthalten zu sein.

Die schon längst in Aussicht gestellte Senkung der Eisenpreise ist überfällig. Bisher aber haben sich die Erzeuger hartnäckig geweigert, sie vorzunehmen. Man hat der Eindruck, als ob der Plan Dietrich's dem Ziel dienen soll, die Senkung der Eisenpreise, statt aus den Mitteln der Eisenwirtschaft, aus den Mitteln des Staates zu bestreiten. Wir sind aber der Auffassung, daß eine fühlbare Preisreduktion, die die Regierung mit dieser Aktion verbinden will, auch ohne die Lohnprämien durchführbar ist und bei energischer Haltung der Reichsregierung gegenüber den großen monopolistischen Organisationen auch schon längst hätte durchgeführt werden können. Wir würden es für falsch und nicht für verantwortlich halten, wenn die Regierung volkswirtschaftlich erforderliche Preisreduktionen mit derartigen Lohnprämien erkaufen müßte. Das Schwergewicht der Aktion muß unferes Erachtens auf die Wiedereinreihung von Arbeitslosen gerichtet sein, und wir glauben noch wie vor, daß der von den Gewerkschaften und der Sozialdemokratie hierfür aufgezeigte Weg der wirksamste und zweckmäßigste ist.

Man wird zu den Regierungsplänen, wie schon anfangs bemerkt, erst dann abschließend Stellung nehmen können, wenn sie in allen Einzelheiten und begründet vorliegen. Die Regierung muß unverzüglich in der Öffentlichkeit und dem Parlament die näheren Angaben unterbreiten. Die Regierung hat ebenso die Pflicht, sich nochmals mit den Forderungen der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften zur Eindämmung der wachsenden Arbeitslosigkeit zu beschäftigen.

Der Zar bleibt fern.

Stalin meidet den Genossenschaftskongreß.

Das Präsidium der sowjetrussischen Bundesgenossenschaften hat beschlossen, die Sitzung des Plenums vom 8. Januar auf den 17. Januar zu verlegen. Die Verlegung hängt zusammen mit weiteren Veränderungen in der Leitung der Genossenschaften. Stalin, der im Plenum eine Rede halten wollte, hat jetzt aus bisher unbekanntem Gründen auf sein persönliches Erscheinen verzichtet.

Lenins Witwe unterwirft sich.

Die Witwe Lenins, Krupskaja, die zur Rechtsopposition gehört und sich bisher weigerte, die Politik Stalins zu unterstützen, hat jetzt ihre ablehnende Haltung gegenüber der Parteileitung aufgegeben. Trotz dieser Unterwerfung wurde Frau Krupskaja ihrer sämtlichen Ämtern enthoben. Sie soll nur Ehrenämter bekleiden.

gab der von einer Dame begleitete Besitzer des Wagens, der sich zuerst während der Befragung des Chauffeurs schlafend gestellt hatte, diese Auskunft: „Für einen Deutschen sind die fünf Stunden Ruhezeit in drei Tagen genug. Er hat schon mehr geleistet!“

Als den Herrschaften die Pässe abgefordert wurden, um ihre Identität festzustellen, begann die Dame den Beamten in englischer, französischer, aber auch noch in deutscher Sprache zu beschimpfen. Ihr Benehmen war gar nicht laßlich. Sie warf mit dem Ausdrück „Beneidlichkeit“ nur so um sich.

Aus dem Paß ergab sich, daß der Reisende niemand anders war als — Prinz Friedrich Leopold von Preußen.

Englands Arbeitslosenziffer ist in der letzten Woche um 234 756 weiter gestiegen. Die Gesamtzahl beträgt jetzt etwa 2 643 000 (in der gleichen Zeit des Vorjahres 1 132 896).

Illusionen der Abrüstungspolitik

Von Professor Dr. Julius Wolf.

Wir veröffentlichen gerne die folgende Zuschrift des angesehenen Volkswirtschaftslehrers als einen bemerkenswerten Beitrag zur internationalen Diskussion über die Abrüstung.

In den Aussprachen, die zu Beginn des neuen Jahres zwischen Reichspräsidenten und Reichsministerium gemacht wurden, wurde übereinstimmend betont, es sei Pflicht der Reichsleitung, auf Einlösung des ihm in Artikel 8 des Versailler Vertrages gegebenen Versprechens einer Abrüstung der Alliierten zu bestehen.

„Noch immer“, führte der Reichswehrminister als Vertreter des Reichskanzlers aus, „ist die feierlich übernommene Verpflichtung auf Abrüstung durch die anderen Mächte nicht in die Wirklichkeit umgesetzt, und noch immer muß sich Deutschland in seiner Sicherheit bedroht fühlen.“ So werde es dem auch weiter „Aufgabe der Reichsregierung sein, dafür einzutreten, daß der Grundsatz gleicher Sicherheit für alle Völker, ohne den eine wahre Befriedung unmöglich ist, sich durchsetzt.“ Die Antwort des Reichspräsidenten war auf den gleichen Ton gestimmt: „Mit Ihnen bin ich der Ansicht, daß die Durchführung der allgemeinen Abrüstung nicht nur ein Gebot internationaler Gerechtigkeit Deutschland gegenüber, sondern auch das sicherste Mittel zu einer wirklichen Befriedung der Welt ist und daher mit allen Kräften angestrebt werden muß.“

So gering die Person des Schreibers dieser Zeilen sein mag, wird er doch aus tieferer Ueberzeugung heraus, der er übrigens gelegentlich schon vor Monaten in einem Kreise politisch interessierter Worte sich, seine gegenteilige Meinung äußern dürfen. Und dies mit um so größerem Rechte, als er sich darauf berufen kann, daß er mit seinen Düstlerberatschlägen von Deutschland bereits mehrfach Unheil hätte abwenden helfen, wenn man sie befolgt hätte. Auf zweierlei nur sei hier hingewiesen. Den Verfasser hat die Inflation schon in ihren Anfangsstadien beunruhigt. Er warnte den Reichsbankpräsidenten bereits im Frühjahr 1915, verlangte von ihm ein energisches Veto gegen die unsinnige Helfferische Kriegsfinanzierung, ihre Erlegung durch eine der englischen angepaßte, die jedem Zensiten den furchtbaren Ernst des Krieges auch materiell zum Bewußtsein gebracht und Alldeutschland das verruchte Babanquespiel verleidet hätte. Eine andere zum Schaden des Reiches unbeachtet gebliebene Warnung galt der Provozierer der Ruhrbesetzung. In der Sachverständigenkommission, die kurz vor Eintreffen von Poincarés Ultimatum in der Reichskanzlei unter dem Vorsitz des gegenwärtigen Innenministers stattfand, rief ich, ohne bei den übrigen Mitgliedern mit Ausnahme eines einzigen (Reichs-)Verständnis zu finden, zu weitherzigstem Entgegenkommen. Dazu entschloß sich erst Stresemann, um dem Aberwitz des „Ruhrkrieges“, der unsere Währung zum Gespött der Welt machte, ein Ende zu bereiten.

Im Glauben, auch diesmal der besseren Einsicht zum Durchbruch verhelfen zu können, stelle ich hier mit allem Nachdruck das Folgende fest:

Wie weit immer die bisherigen Mächte abrüsten mögen, sie werden uns, so lange der 5. Teil des Vertrages von Versailles, der die Artikel 159 bis 213 umfaßt, bestehen bleibt, überlegen sein und überlegen bleiben. Ist es uns doch schon verjagt, wesentliche technische Vorteile des Krieges, wie Tanks und Flugzeuge, zum Bestandteil unserer Rüstung zu machen. „Gleiche Sicherheit für alle Völker“, die Forderung, die Minister Gröner aussprach, wird es, soweit immer die Abrüstung der früheren Alliierten gehen mag, nicht geben.

Diese Tatsache vor Augen hat Deutschland kein Interesse daran, immer neu durch seine Abrüstungsforderung sich in Gegenfah zu seinen früheren Gegnern zu stellen, immer neu Gegnerschaft und Mißtrauen zu säen. Im Gegenteil: Aus der Notwendigkeit heraus das engste Einvernehmen mit Frankreich überlegenere Kapitalmacht zu pflegen, hat Deutschland die „taktische Pflicht“, die Rüstung Frankreichs soweit zu tolerieren, daß das Vertrauen des französischen Volkes in den Friedenswillen des deutschen das vollkommenste wird. Nur derartige kann auch der Abrüstung förderlich sein. Doch weiter: Deutschland hat bei der Weltlage von heute und dem ausgesprochenen Friedenswillen auch des französischen Volkes nichts von Frankreichs militärischer Macht zu fürchten. So wenig es aber von Frankreich zu fürchten und an Abrüstung zu glauben Grund hat, so viel hat es von Frankreichs wirtschaftlicher und finanzieller Macht gleichzeitig mit jener der Vereinigten Staaten von Amerika zu erwarten. Auf Sand gebaut sind alle Hoffnungen auf Ueberwindung der Krise im Jahre 1931, wie sie auch in den Neujahrssprachen bei uns zutage traten, wenn nicht französisches und amerikanisches Kapital sich Deutschland zur Verfügung stellt. Ueberwinden läßt sich die Krise nur durch eine Verstärkung der Kaufkraft. Dazu bedarf es entweder eines Preisabbaus unter möglicher Schonung der Einkommen oder einer Heranziehung zusätzlicher Kapitals. Da die Reichsregierung politisch zu schwach ist und die Technik der Wirtschaft ihr die Möglichkeiten nicht bietet, einen Preisabbau in dem gebotenen Umfang zu erzwingen und er überdies nicht immer frei von Bedenken ist, kommt für die Ankurbelung der Wirtschaft ernstlich und durchgreifend nur die zweite der Eventualitäten in Betracht: Die Heranziehung von Kapital aus dem Ausland. Ueberfluß an Kapital hat zur Zeit Frankreich allein. Die ganz unbedeutende Arbeitslosigkeit daselbst führt sich nicht auf Kapitalmangel zurück. Sie läßt sich restlos aus der Arbeiterwanderung aus den Grenzländern und der Lage des außerfranzösischen Marktes, im wesentlichen aus den Exportschwierigkeiten auch Frankreichs erklären. Milliarden französisches Geldes und Kapitals liegen brach. Sie wären für Deutschland erlangbar, wenn der deutsche Friedenswille über jede Anzweiflung erhaben wäre. In der Vera Stresemann war Deutschland auf dem besten Wege dahin. Seit den letzten Wahlen zum Reichstag mißtraut aber Frankreich dem deutschen Friedenswillen, beunruhigt durch den Stimmengewinn der „subversiven“ Elemente die Schwierigkeiten, die ihrer Bekämpfung auf dem „Rechtsweg“ entgegenstehen. Nur wenn Deutschland dieses Mißtrauen auf anderem Wege zu bannen vermag, kann es hoffen, in absehbarer Frist und nicht erst nach einer Reihe von Jahren die Krise zu überwinden, von der es heute geschüttelt wird.

Unsere Abrüstungspolitik, genauer unsere Politik des Drängelns zur Abrüstung der anderen Staaten ist nicht zuletzt Prestigepolitik. Die Unterschiebung liegt auch allzu nahe, daß Deutschland weniger an der allgemeinen Abrüstung, als an der eigenen Wiederaufrüstung liegt. Daß alle Wiederaufrüstung Deutschland auf absehbare Zeit hin nicht zur militärischen Vollwertigkeit, d. h. zur Ebenbürtigkeit mit den ehe-

Die Toten an die Lebenden.



O, steht gerüstet! seid bereit! o, schaffet, daß die Erde, darin wir liegen strack und starr, ganz eine freie werde!

Freiligrath.

Brüning in Königsberg.

Ernst Warnung vor den Katastrophopolitikern. / Treviranus ist vorlaut.

Der Reichskanzler wurde gestern auf seiner Ostreise im Oberpräsidentium in Königsberg von zahlreichen Vertretern der Provinz Ostpreußen empfangen. Die Reden, die aus dieser Versammlung an den Reichskanzler gerichtet wurden, waren politisch sehr stark pointiert.

Zunächst wies der Oberpräsident auf die völlige Isolierung Ostpreußens hin. Ostpreußen müsse so getötet werden, daß es so lange aushalten könne, bis die wirtschaftliche Vernunft in der Welt sich durchsetzt gegenüber der Zerstückelung Deutschlands in zwei Stücke. „Gerade wer ein wirtschaftliches Zusammenarbeiten mit unseren politischen Nachbarn aus wirtschaftlichen und politischen Gründen wünscht, der wird eine verständige Vereinbarung über die Regelung des Korridorproblems für unumgänglich halten. Die Provinz Ostpreußen jedenfalls wird auf ihr lehnlichstes Verlangen einer Wiederherstellung der gemeinsamen Grenze mit dem übrigen deutschen Vaterlande niemals verzichten können.“

Der Vorsitzende des Provinziallandtages, von Berg-Wartkienen, sprach: Man habe von Polen einen Generalangriff gegen Danzig, Pommern und den Regebezirk zu erwarten, der Ostpreußen ganz besonders treffen müsse. Ostpreußen wolle sich nicht von Polen schlucken lassen, sondern brauche eine Repression der Ostgrenze. Deswegen habe man schwere Bedenken gegen das Liquidationsabkommen und gegen die Minderheiten- und Schulverordnungen in Ostpreußen.

Reichskanzler Brüning sah sich auch hier genötigt, den Treibern, die unter der Maske der Rot des Ostens parteipolitische Ziele verfolgen, kritische Worte zu sagen. Er führte aus:

„Wir würden mit vielen Maßnahmen, die auch schon von den der jetzigen vorangehenden Regierungen getroffen worden sind, sowohl vom Reich als auch vom Lande Preußen, vielleicht in mancher Beziehung weiter gekommen sein, wenn die einmütige, reibungslose und fehlerfreie Zusammenarbeit zwischen den einzelnen Stellen und Organisationen in den letzten Jahren sichergestellt worden wäre.“

Daran hat es nicht durch die Schuld der Reichs- und Staatsbehörden oder der Selbstverwaltungsbehörden, aber durch gewisse Anschauungen und Entwicklungen bedingt gelegen, daß wir in der ganzen Wiederaufbauarbeit noch nicht weiter gekommen sind.“

Nach dieser Zurechtweisung der deutschnationalen Hege betonte er, daß man mit einer reinen Subventionspolitik im Osten nicht weiterkomme. Reichsregierung und Staatsregierung würden gemeinsam daran arbeiten, zunächst einmal innerpolitisch und wirtschaftlich die eiternde Wunde im Osten zu schließen. Das andere müsse der Gerechtigkeit überlassen bleiben.

„Der Wohlwollende und Einsichtige erkenne, was hiermit gesagt sein solle; der Kanzler hat manchmal den Eindruck, daß Stimmungen aus dem Lande gewisse experimentelle Entschlüsse erkennen lassen oder den Wunsch, zunächst einmal, banal ausgedrückt, alles zu zerbrechen, und dann von Grund auf wieder aufzubauen. Gegen diese Stimmungen müsse der Kanzler als verantwortlicher Leiter unserer Politik sich aufs Schärfste wenden.“

Der Reichskanzler hat bisher auf dieser Ostreise staatsmännische Zurückhaltung gezeigt. Herr Treviranus, der ihn begleitet, hat dagegen noch kurz vor der Abfahrt des Sonderzuges der Presse eine Erklärung über die Frage gegeben, ob die Zinsen der Umschuldungshypotheken senkt werden können. Er erklärte, bei alten Umschuldungshypotheken aus den Jahren 1928 und 1929 sei eine Senkung auf 5 Proz. vorzusehen, während sie sich bei erstellten Hypotheken grundsätzlich nicht erniedrigen ließen. Im übrigen glaube er, daß die Rundfahrt die Möglichkeit ergeben würde, die rund 26 Millionen Mark für Ostpreußen in Frage kommenden Steuern zu streichen.

Wenn Herr Treviranus von vornherein so genau unterrichtet ist, welches das Ergebnis dieser Rundreise sein wird, so hätte sich die Regierung eigentlich diese Reise und die dadurch entstehenden Kosten sparen können!

maligen Siegermächten führen wird, sollte aber auch für den glühendsten Patrioten nicht zweifelhaft sein.

Wiederholt sei also: Niemals in absehbarer Zeit werden wir es durchzuführen vermögen, daß die Abrüstung der Siegerstaaten so weit geht wie die Abrüstung, die uns durch den Friedensvertrag aufgezwungen worden ist. Selbst eine Lockerung dieser Grenzen würde uns wenig weiter bringen. Aus dieser sicheren Erkenntnis gilt es, nicht zuletzt im Interesse der wirtschaftlichen Wiederaufrichtung Deutschlands, die auch die übrige Welt befruchten wird, die Konsequenzen zu ziehen!

König Alfons verliert an Boden.

Unbegreiflicher Wille der Republikaner.

Aus Madrid wird uns geschrieben:

Die Partei der Konstitutionalisten soll sich bereit erklärt haben, mit dem König über die Einberufung einer verfassunggebenden Nationalversammlung zu verhandeln, stellen ihm jedoch eine Bedingung: daß er das Land verläßt und erst nach den Wahlen zurückkehrt. Die Konstitutionalisten haben ihre Haltung den leitenden Kreisen der republikanischen Bewegung zur Kenntnis gebracht. Sie haben ihnen sogar eine Koalition auf der Grundlage einer verfassunggebenden Nationalversammlung vorgeschlagen. Doch haben die Republikaner einschließend der in Haft Befindlichen geantwortet, daß sie bindende Verpflichtungen eingegangen wären, die sie zu halten entschlossen seien: Wenn die Regierung Berenger werden jede andere unter dem jetzigen Regime Wahlen ausschreibt, werden die Republikaner Stimmhaltung üben. Wenn dagegen die Republikaner eine nationale Regierung mit dem Ziele der Einberufung einer verfassunggebenden Nationalversammlung ausgeschrieben werden, so werden die Republikaner den Kampf auf Grund ihres eigenen Programms führen. Finden keine Wahlen statt, so werden die Republikaner die Entscheidungsschlacht auf anderen Gebieten führen.

In der Arbeiterschaft gibt es nur eine Stimme für die Abschaffung der Monarchie und zugunsten der Republik. Die republikanische Flut ist weiter im Steigen begriffen. Ueberall wird republikanische Propaganda getrieben, in den

Caféhäusern, im Theater, mitten auf der Straße. Als am Neujahrstag nach altem Brauch in vielen Theatern, Kinos und Gasthäusern der Jahreswechsel mit dem „Königsmarsch“, der bisher als Nationalhymne galt, begrüßt wurde, benutzte das Publikum diese Gelegenheit zu lärmenden Kundgebungen gegen die Monarchie. Dagegen werden in einem Schauspielhaus, wo ein Tonfilm „Trafalgar“ aufgeführt wird, einige Sätze aus der „Marseillaise“ mit Begeisterung aufgenommen, weil diese als das Kampflied der republikanischen Revolution angesehen wird.

Schmeling verliert Weltmeistertitel.

New York, 6. Januar.

Die New-Yorker Boxkommission hat Schmeling des Weltmeistertitels für verlustig erklärt, nachdem der Manager Jacobs sich weigerte, den Titelkampf seines Schützlings Schmeling gegen Sharkey im nächsten Juni ohne vorherige Ausschiedungskämpfe anzunehmen.

Hände hoch! Das Geld her!

Ein neuer Raubüberfall. - Täter entkommen.

Zwei junge Burschen versuchten am Dienstagabend auf eine Butterfiliale der Firma Ruth in der Rudower Allee 52 in Reutal ein Raubüberfall auszuführen. Sie hatten die Gesichter mit Taschentüchern verhüllt und betreten kurz nach Geschäftsschluß mit Revolvern in den Händen den Laden. Ihr Anruf: „Hände hoch! Das Geld her!“ wurde von der Leiterin der Filiale, einer Frau Benz, nicht beachtet. Die Frau lief sofort in die Wohnung und benachrichtigte ihren Mann, der auch in wenigen Augenblicken im Laden erschien. Er stürzte sich sofort auf die beiden Räuber, die einen Schuß abgaben, der aber glücklicherweise niemanden traf. Der Mann war aber durch den Schuß nicht eingeschüchtern, ergriff im Gegenteil ein großes Messer. Jetzt rückten die beiden Räuber auf die Straße und entkamen im Strahlgewühl. Die Leiterin der Filiale gibt an, daß sie schon einige Tage vorher beobachtet habe, wie junge Burschen vor ihrem Geschäft herumlungerten.

Billig wie nie!

Warenabgabe
verboten
Verkauf sonst
verboten

Beginn 5. Januar

ANGEBOTE aus unserem grossen INVENTUR-AUSVERKAUF

- Woll-Natté** 135
grossee Farbsortiment.....Meter jetzt
- Tweed-Schotten** 175
der neuste Kleiderstoff.....Meter jetzt
- Crêpe Georgette** 290
reine Seide, gute Kleiderware.....Meter jetzt
- Honan** 290
asiatische Qualität, farbig, weiss
und naturfarbig.....Meter jetzt
- Kunstseide** 78 Pf.
mit Baumwolle, neue Druckmuster.....Meter jetzt
- Samtina** 88 Pf.
das neue Gewebe, moderne Muster.....Meter jetzt
- Damen-Nachthemd** 145
guter Wäschestoff, nett garniert.....Stück jetzt
- Sportgürtel** 95 Pf.
gute Form, 4 Haken.....Stück jetzt
- Spitzen-Tischdecken** 285
ca. 125 cm, rund, oder ca. 125/155 cm.....Stück jetzt
- Haustuchdecken** 340
mit Mohlbaum, ca. 130/160 cm.....Stück jetzt
- Spitzen-Mittendecken** 95 Pf.
in verschiedenen Ausführungen, Stück jetzt

Damen-Wintermäntel 850
moderne Formen u. Farben, Stück jetzt

Damen-Strümpfe 85 Pf.
Kunstseide, Doppelsehle und Hochfesse.....Paar jetzt

Damen-Strümpfe 185
Wolle mit künstl. Seide plattiert, modernes Farbsortiment,
oder künstl. Seide, hochwertige Qualität.....Paar jetzt

Hemdchen für Damen 48 Pf.
fein gewirkt.....Stück jetzt 1,65, 1,25, 95, 78

Hemdhosens für Damen 95 Pf.
mit Beinen, Sandtrügern oder Vollschal.....Stück jetzt 1,95, 1,65, 1,25

ENORM BILLIG
1 grosser Posten **Künstlerdecken**
marceliertes Crêpegewebe, aparte
Blumen- und Fantasiemuster, ca.
130/130 cm, früh. Stück bis 9,50, jetzt
ca. 130/160 cm,
früh. Stück bis 5,90

Herren-Sportanzüge 3600
früh. Stück bis 43,00, jetzt

Sakko od. Ulster 1375
mit Lederknöpfen.....Stück jetzt

Weisse Oberhemden 225
für Herren, m. Popeline-Einsätzen, früh. St. bis 2,90, jetzt

Nachthemden 295
für Herren, Bielerfelder Fabrikat,
mit Kragen oder halbfalt, früh. Stück bis 4,50, jetzt

Pa. Velours-Teppiche 7900
Grösse ca. 200/300 cm, früh. Stück bis 135,00, jetzt

solide Strapazierqualität
Grösse ca. 250/350 cm, früh. Stück bis 198,00, jetzt

Tüll-Dekorationen 3teilig
Serie I früh. Stück bis 9,75, jetzt 650
Serie II früh. Stück bis 12,50, jetzt 875
Serie III früh. Stück bis 16,50, jetzt 1075

Jumperschürzen für Damen, 175
Satin oder Indanthren.....Stück jetzt

Jumperschürzen für Damen, 195
Satin oder Indanthren, grosse Weiten.....Stück jetzt

Paradekissen 245
mit Stickerel-Ein- und -Ansatz.....Stück jetzt

HERMANN TIETZ

Theater, Lichtspiele usw.

Staat. Oper
Unter d. Linden
12. A-V
19 1/2 Uhr
Weg des Nibelungen
2. Tag
Siegfried
(Haydn/Weinberger)
Ende g. 22 Uhr

Staat. Oper
Am Platz der Republik
V-B
20 Uhr
Apollique
Spanische Stunde
Rio und zurück
Teufel, Katerweiser
Ende 22 1/2 Uhr

Staat. Schiller-Theater, Charlthg.
20 Uhr
100 000 Taler
Ende nach 22 1/2 Uhr

PLAZA
Tägl. 5 u. 8 1/2
Sonnt. 2, 5 u. 8
Alex. E 4 8006

1. Vorstellung 50 Pf. bis 1 M
II. und III. Vorst. 1 bis 2 M
FRATELLINI-TRIO
Max, Gino, Gustavo usw.

HAUS VATERLAND
KURFÜRSTEN-PASSAGE
Das Vergnügungs-Restaurant Berlins
BETRIEB KEMPINSKI

Winter-Garten
8 1/2 Uhr, Zentr. 2013. Eruchen erlaubt.
Codons / Litzel / 5 Songs
8 Superb's / Breker's
Blürenschaus usw.

Volksbühne
Theater am Bülowplatz.
Heute 8 Uhr
Zum 1. Mal
Hans Albers
in
Liliom
von Franz Molnar
Regie: Karl Heinz Martin

Staat. Oper
Am Pl. d. Republik
8 Uhr
Spon. Stunde
Der arme Matrose
Ein und zurück
Teufel

Staat. Schiller-Th.
8 Uhr
100 000 Taler

Theater am Schilbauerdamm
8 1/2 Uhr
Die Quadratur des Kreises

Piscator-Bühne
(Wallner - Theater)
Alex. 492-93.
8 1/2 Täglich 8 1/2
Mond von links
Preise 0,50-0,00 M.

Lustspielhaus
Kurt Götz
Täglich 8 1/2
8 1/2 Täglich 8 1/2
Vom Lieben und Lachen

GROSSES SCHAUSPIEL-HAUS

Im weissen Rössl
Singspiel in vielen Bildern,
Cam. Spiro, Hansen, Linke, Wallburg,
Arno, Jankuhn, Paul Hörbiger, Lens,
Schaeffers, Winkelstern, Kolla, Deoni,
Stark-Gatetenbauer,
Original Tiroler Watschentänzer,
Original Tiroler Jodlerinnen-Quintett,
Musik-Trio aus Schliersee,
Jazz-Band / Girls u. Boys / Grosse Chöre.
Der Zeit entsprechend sind, trotz des
riesigen Andrangs, um 25% ermässigt.
Sonntag 3 Uhr Originalbesetzung
Nachmittag Billige Preise
Regie: Erik Charell

Neues Theater
am Zoo
Am Bahnh. Zoo, Stpl. 6554
Täglich 8 1/2 Uhr
Der gr. Lacherfolg!
Guido Thielscher
Das öffentliche
Aergernis
Preise 1 bis 8 M.

Reichshallen-Theater
Abends 8 Sonntag Nachmitt. 3 1/2 Uhr
Das große Januar-Prgr. der
Stettiner Sänger
Nachm. ermässigte Preise:
Dönhoff - Brett!
Das hervorragende
Varieté-Programm!

NEUE WELT
Arnold Scholz
U-Bahn Hermannplatz Hasenheide 108-14
Elitetag!
Gr. Bockbierfest
in Ober-Bayern
7 Kapellen, neue Dekorationen, bayr. Bedienung
Donnerstags: GR. SCHWEINESCHLACHTEN
Einlaß 6 Uhr.

Deutsches Künstler-Theat.
Barbarossa 3937.
8 1/2 Uhr
Zum goldenen Anker
mit Käthe Dorsch
Nur noch wenige
Vorstellungen
Sonab. und Stg. 4 Uhr:
Emil u. die Detektive

Renaissance-Theater
Steinplatz 6780
8 1/2 Uhr
Muß die Kuh Milch geben?
mit Albert Besserman
Sonntag, 11. Jan.
3.30 Uhr
Voruntersuchung
Kleine Preise

Komische Oper
8 1/2 Uhr
Peppina
Operette von
Robert Stolz.

Barnowsky-Bühnen
Theater in
der Stromemannstr.
8 1/2 Uhr
Gastspiel

Ein idealer Gatte
mit Harry Liedtke
Komödienhaus
8 1/2 Uhr
Cocktail
von
Vollmoeller u. Benatzky

Berliner Theat.
8 1/2 Uhr
Elisabeth Bergner
in
Mrs. Cheneys Ende

6 1/2 Uhr CASINO-THEATER 8 1/2 Uhr

Neu! Biederleute
Neu!
und das neue Januarprogramm!
Für die Leser Gutscheine 1-4 Personen.
Fanzelt 1,25 M., Sessel 1,75 M.
Sonstige Pr.: Parkett 75 Pf., Rang 60 Pf.

ROSE THEATER
Grosz Frankfurter Strasse 133
Militärkass.: Alex 3422 u. 3404
(U-Bahn: Strassenberg Platz)

Die Dollarprinzessin
schreibt die Presse:
„Bühnenbild,
kostümreicher Orchester,
gestimmter Chor, erste Garnitur
Dassler sichern dem Volkstheater
in Berlin eine Ovatione
aussergewöhnliche Vorstellungen.“
Täglich 8.15 Uhr
Sonabend 7 und 10.15 Uhr
Sonntags 3.30, 5.45 und 9 Uhr

Familien-Nachmittage
5.30 Uhr
vieder ab 8. Januar jeden Dienstag,
Mittwoch, Donnerstag und Freitag
Täglich 8 1/2 Uhr
„Zwangsquartierung“
Preise 0,30 - 1,50 M
Vorverkauf ist eröffnet!
(Kinder haben Zutritt)

Metropoli-Theater
Täglich 8 1/2 Uhr
Schön ist die Welt
Operette von Lehar
Richard Tauber, Gitta Alpa.
Schützendorfer.

Lessing-Theater
Täglich 8 1/2 Uhr
Sonntag 4 1/2 u. 8 1/2
Manisell Nilfouche
Operette von Heine
Tollmann, Adolfort, Arnold

Wo spaziert man gut und billig?
Nur
Gross-Berlin
Alexanderplatz

Rose-Theater

Gr. Frankfurter Str. 133
Tel. Alex 3422 u. 3404
8 1/2 Uhr
Die Dollarprinzessin
Theater d. Westens
Täglich 8 1/2
Sensationeller
Operettenerfolg!
Viktoria
und ihr Husar

Berliner Ulk-Trio

Neukölln. Lahnstr. 74/75.1
Tägl. 8 1/2 Uhr
Sonntags
8 1/2 Uhr
Das macht
uns kleiner
nach
das Festival
Claire
Waldoff!!!
Neben. ermässigte Preise!

Stabschef:
Im Rahmen des Volkes!
Stabschef gegen den Rebellentum und
Schrittweiser Hugo Hermann Wenzel,
1. 3. in Gollnow (Pelleng), geboren am
23. August 1891 in Bojanowo, Kreis
Rastow, jetz. Polen, verheiratet,
wegen Verleumdung
Das Schöffengericht in Berlin-Mitte,
Abteilung 201, hat in der Sitzung vom
7. Oktober 1930, an der teilgenommen haben:
Landgerichtsdirektor Dr. Wundt
als Vorsitzender,
Amtsgerichtsrat Dr. Dacht
als zweiter Amtsrichter,
Geschäftshilfer Max Heffken,
Gekämmerer Frau Reiss
als Schöffen,
Staatsanwaltschaftlicher Gehilfenhof
als Beamter der Staatsanwaltschaft,
Zuständigkeitsstelle Bill
als Urkundsbeamt der Geschäftsstelle,
für Recht erkannt:
Der Angeklagte wird unter Befolgung
mit den Kosten des Verfahrens einschließ-
lich der Nebenfolge wegen Verleumdung
in Ta. einbeist mit über Androhung zu 100 -
einhalbhundert Reichsmark Geldstrafe, all-
weilwe mit 10 - zehn - Tagen Gefängnis
verurteilt.
Alle Exemplare der Zeitschrift „Solmne
der Weltbürger“ zum „Volke-Ges“, Nr. 74
und 19, vom 22. und 23. Januar 1930
sowie die zu ihrer Herstellung bestimmten
Platten und Formen sind unbrauchbar
zu machen.
Dem Ersten Bülgermeister Götz II behit
die Befolgung zu den verurteilten Teil
des Urteils innerhalb eines Monats nach
Zustellung eines mit der Verurteilung
der Zeitschrift beifolgende Anzei-
gung - durch einmältige Einrückung im
„Volke-Ges“ und im „Städtische“ auf
Kosten des Angeklagten öffentlich bekannt-
zumachen. Angelegentlich:
Berlin, den 30. Oktober 1930.
L. S. des Urteilstell:
Zuständigkeitsstelle als Urkundsbeamt
der Geschäftsstelle.

Das Märchen von der Millionenerbschaft

Wie Oberwinter und andere seiner Art hineingelegt wurden

Das Schöffengericht Berlin-Tempelhof verurteilte gestern den früheren Rechtsanwalt Oberwinter wegen Betruges und Untreue zu 1 Jahr 6 Monaten Gefängnis. Bei der Strafzumessung berücksichtigte das Gericht „seine geringe Intelligenz und seine Dummheit“. Der Staatsanwalt hatte 2 Jahre 6 Monate Gefängnis und 5 Jahre Ehrverlust beantragt. Dr. Oberwinter hat die Strafe angenommen. Nach Verbüßung eines Teiles soll er Bewährungsfrist erhalten.

Der Prozeß des Rechtsanwalts Dr. Oberwinter gestattete wieder einmal einen Blick in die fast grenzenlos menschliche Dummheit, der Sorte Dummheit, die seiner ebenso grenzenlosen Geldgier entspringt. Der Held des Prozesses war eigentlich nicht so sehr der Angeklagte Oberwinter, als die Hauptzeugin Frau Götte. Kaum glaublich, in welcher heroisierenden Weise diese Frau es verstanden hat, den Rechtsanwalt Oberwinter und eine große Anzahl nicht minder akademisch gebildeter Herren hineinzulegen. Vor dem Zeugentisch sah man gestern eine kleine wenig schöne Frau mit einem mächtig großen Mundwerk, dem selbst der Vorsitzende und der Staatsanwalt zeitweilig Gefähr ließen, zum Opfer zu fallen.

Der erste Mann, dem sie den Erbschaftsbären aufgebunden hat, war der Ingenieur W. Frau Götte, obgleich verheiratet, war seine Haushälterin und Geliebte. Kaum hatte sie den Ingenieur fest in Händen, als sie ihm das Märchen von der 1 1/2-Millionen-Erbschaft präsentierte. Daß ihr Mann nur nichts davon erfahre! In Wirklichkeit war er ihr Spiegelbild. Der Ingenieur zweifelte. Sie fuhr mit ihm zum Amtsgericht. Ein Nachtmeister handigte ihm dort drei versiegelte Briefe mit den „Originaldokumenten“ ein. Die Briefe sollten erst geöffnet werden, falls von irgendeiner Seite an ihn deswegen herantreten würde. Ein anderes Mal gab sie dem Ingenieur ein versiegeltes Paket mit 25 000 M. — einem Teil der Erbschaft. Herr W. legte sämtliche Briefe dem Gericht vor — tatsächlich ungeöffnet. Ihr Inhalt war — Zeitungs- und Briefpapier.

Auch Rechtsanwalt N. Dr. Oberwinters Vorgänger in der Erbschaftsschafferei, zweifelte seinen Augenblick an der Güte der Götteschen Behauptungen. Für seine Bemühungen hatte er sich ein Sonderhonorar von 2000 M. ausbedungen. Eines Tages erschien Frau Götte freudestrahlend in seinem Büro, ließ sich von einem Auto zu legendärem Haus fahren.

wo 625 000 M. Erbschaftsgelder ausgezahlt werden sollten.

Der Rechtsanwalt blieb unten und erhielt wenige Minuten später ein Paket ausgehändigt mit den 625 000 M. Von diesem Gelde sollte er auch sein Honorar bekommen. Das Paket enthielt — Zeitungspapier. Der Rechtsanwalt legte den wertvollen Inhalt dem Gericht vor. Bei diesem Rechtsanwalt ist auch die Generalvollmacht für den Versicherungsdirektor A. ausgestellt worden. Dieser sollte 3 Proz. von den 1 380 000 M. erhalten. Der Spaß kostete ihm 2000 M. Kennengelernt hatte der Versicherungsdirektor Frau Götte durch den Abhänger-Beschäftigten W. Auch dieser erhielt eine Generalvollmacht auf Erhebung der Erbschaft; sie wurde beim Notar Wramschel ausgestellt. Am P. von der Existenz der Erbschaft zu überzeugen, legte Frau Götte ihm irgendein Schriftstück mit Siegel und Schnur vor; er durfte aber nur die letzte Seite sehen; die genügte ihm natürlich. Nicht minder überzeugend erschien ihm die Behauptung des Wachtmeisters im Amtsgericht, daß tatsächlich ein Testament vorhanden sei. Seine Vertrauensfestigkeit kostete ihm nur 800 M.

Rechtsanwalt Oberwinter befindet sich demnach in guter Gesellschaft. Bei der „geringen Intelligenz“, die ihm vom Gericht nun attestiert worden ist, erscheint es weiter nicht verwunderlich, daß auch er sich mit Hilfe der Erbschaft zu Janieren hoffte. Er steckte in Schulden, hatte Mandantengelder unterschlagen, noch bevor er Frau Götte kennenlernte und verlor den Rest von Ständesmoral

und Ehrlichkeit, als er diese Frau zur Klientin bekam. Er unterstülzte monatelang sie und ihren Mann — ein intimes Verhältnis bestreitet er ganz entschieden — und brach die Beziehungen mit ihr selbst nach ihrer Verhaftung nicht ab. Vom Juni bis Oktober hielt er sich verborgen, beging Zechprellereien im Hotel Fürstenhof, auch Autoschwindereien und wurde schließlich beim famosen Ingenieur W. verhaftet. Es wird ihm nicht leicht fallen, nach Rückkehr in die Freiheit sich eine bürgerliche Existenz zu schaffen. Frau Götte wird man aber noch Gelegenheit haben, näher kennenzulernen.

Zugzusammenstoß bei Gleiwitz.

Drizer schwer, 20 Fahrgäste leicht verletzt.

Gleiwitz, 6. Januar.

Am Dienstag gegen 17 Uhr stieß der Schnellzug Berlin-Beuthen bei der Ausfahrt aus dem Gleiwitzer Bahnhof mit dem Personenzug Beuthen-Gleiwitz zusammen. Trotzdem die Fahrgeschwindigkeit der Züge verhältnismäßig gering war, war der Zusammenprall außerordentlich heftig. Die beiden Lokomotiven wurden schwer beschädigt, die des Schnellzuges wurde umgeworfen. Ein Lokomotivheizer und 20 Reisende erlitten Verletzungen. Lebensgefahr besteht, soweit sich bisher übersehen läßt, bei keinem der Verunglückten. Die Reisenden sind in der Hauptsache durch Glasplitter verletzt worden. Kerse und Rettungsmannschaften waren bald nach dem Unglück zur Stelle. Ein Teil der Verletzten konnte bereits entlassen werden; nur wenige, darunter der Heizer, wurden ins Krankenhaus gebracht. Eine Untersuchung über die Schuldfrage ist im Gange. Der Eisenbahnverkehr erleidet durch den Unfall eine empfindliche Störung, da insgesamt drei Gleise gesperrt sind.

Sozialdemokratie für Heimstätten.

Wiederwahl des Rathaus-Fraktionsvorstandes.

In der nächsten Sitzung der Stadtverordnetenversammlung wird die sozialdemokratische Fraktion folgenden Dringlichkeitsantrag einbringen:

Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen: Der Magistrat wird ersucht, sofort das am 15. Dezember 1927 bzw. 19. September 1929 von der Stadtverordnetenversammlung verabschiedete Ortsgesetz über Reichsheimstätten-Gartengebiete und Dauerkleingärten im Amtsblatt der Stadt Berlin zu veröffentlichen, soweit es städtisches Gelände betrifft, damit die schon seit Jahren in den Reihen der Berliner Kleingärtner herrschende Ungewissheit endlich beseitigt wird.

Dieser Antrag ist von echt bodenreformerischem Geist getragen, und die vielen leider noch immer in bürgerlichen Parteien herumhockenden bürgerlichen Bodenreformer täten gut, einmal bei ihren Stadtverordnetenfraktionen nachzufragen, was denn sie eigentlich für kommunale Bodenreformpraxis zu tun gedenken.

Die sozialdemokratische Stadtverordnetenfraktion hat in ihrer gestern zum ersten Male im neuen Jahr abgehaltenen Sitzung den bisherigen Vorstand einstimmig wiedergewählt. Ausgeschlossen ist Genosse Claus, der wegen starker beruflicher Inanspruchnahme als Direktor des Freibades Wannsee hat, von seiner Wiederwahl Abstand zu nehmen. Der Vorsitzende, Genosse Klatau, sprach dem Scheidenden den Dank für

eine langjährige Mitarbeit im Fraktionsvorstand aus. Eine Ersatzwahl für Claus fand nicht statt. Vorsitzende der Fraktion sind wieder die Genossen Klatau und Riese; dem Vorstand gehören ferner an die Genossen Robinson, Krille, Barth, Bubitz, Dr. Käthe Frankenthal und Ulrich.

Haftbefehle gegen Nazis.

Sieben Festgenommene leider wieder entlassen.

Die Staatsanwaltschaft hat gegen den Kaufmann Rudi Becker, den Maurerlehrling Max Kollach und den Maler Max Hauske, die der Ermordung zweier Reichsbannerleute verdächtig und flüchtig sind, den Erlaß von Haftbefehlen zum Zweck flüchtiger Verfolgung beantragt. Die Staatsanwaltschaft I hat weiterhin beim Vernehmungsrichter im Polizeipräsidium den Erlaß von Haftbefehlen gegen sämtliche acht Festgenommene, die der NSDAP angehören, wegen schweren Landfriedensbruchs, Raufhandels und gemeinschaftlichen Totschlags beantragt. Der Vernehmungsrichter hat einen Haftbefehl nur gegen den Privatflieger Kurt Bressel wegen des Verdachtes des versuchten Totschlages erlassen, die übrigen Festgenommene aber entlassen, da gegen diese nur der Verdacht des Landfriedensbruchs, aber weder Totschlag- noch Verdrügelungsgefahr begründet erschien. Bressel soll nach Angaben eines Zeugen bei der Schlägerei geschossen haben. Er selbst bestreitet dies.

Selbstmord im Waffengeschäft.

Bergweisungstot eines Berliner Bankiers.

In der bekannten Berliner Waffenhändlerin H. Burella, die ihr Hauptgeschäft in der Französischen Straße 24 hat, versuchte sich gestern nachmittag der 40jährige Bankier Feix Steinfeldt zu erschließen. Schwerverletzt wurde der Lebensmüde nach der Klinik in der Ziegelstraße gebracht, wo er alsbald seinen Verletzungen erlag.

Steinfeldt erschien in dem Laden und ließ sich unter Vorzeigung seines Waffenscheines mehrere Pistolen vorlegen. Schließlich entschied er sich für eine 6,35-Millimeter-Mauserpistole und kaufte auch gleich die dazugehörige Munition. Der Bankier lud die Waffe sogleich an Ort und Stelle und steckte sie dann in seine Manteltasche. Kurz nachdem Steinfeldt den Kaufpreis bezahlt hatte, zog er plötzlich die Pistole wieder hervor und schoß sich zum Entsetzen der Angestellten eine Kugel in die Schläfe. Die Tat kam um so überraschender, als der Käufer vorher nicht die geringste Erregung gezeigt hatte. Ob der Bankier mit dem Leben davonkommen wird, ist noch zweifelhaft. Steinfeldt ist Mitinhaber des Bankgeschäftes R. u. F. Steinfeldt, das sich eines guten Rufes besonders an der Börse erfreut. Das Motiv zur Tat ist noch ungeklärt.

Raubüberfall im Hausflur.

Gestern abend wurde auf den Ingenieur Wred J., der im Hause Ballnertheaterstraße 19 wohnt und dort gleichzeitig die Vermählung hat, ein Raubüberfall verübt. Wie J. angibt, wollte er die einkassierten Retten in Höhe von 1000 Mark, die er in einer Aktentasche trug, an den Hauswirt abliefern. Als er den Hausflur betreten wollte, seien ihm plötzlich drei Burtschen entgegengetreten, die ihn mit vorgehaltenen Pistolen zwangen, die Tasche herauszugeben. Obgleich J. gleich um Hilfe gerufen habe, sei es den Burtschen gelungen, zu entkommen. Die Polizei hat die weiteren Ermittlungen aufgenommen.

Nazis überfallen Jugendliche. Zu unserer Kritik über die Halenkreuzerüberfälle möchten wir bemerken, daß die Zusammenkünfte in dem Jugendheim selbstverständlich von der Sozialistischen Arbeiterjugend und nicht, wie es verheißentlich bei uns hieß, von der aufgelösten Jungsozialistischen Vereinigung organisiert worden sind.



Drei Tage vor der festgesetzten Frist fuhr ein großer Zweispännermöbelwagen mit dem ersten Duzend der bestellten Zimmer nach der Prinzenstraße.

Himmelsbach, eben in die Betrachtung der storbeidenen Strümpfe seines emsig arbeitenden Lippräuleins versunken, unterbrach plötzlich ungehalten seinen Gottesdienst, als ein vierstöriger Kutscher durch die Tür polterte. Aber seine unwillkürliche Miene heiterte sich auf als er hörte, die erste Eisermannsche Lieferung wäre da. In seiner Freude vergriff er sich sogar in der Zigarettenliste, so daß der Mann in der Lederschürze zum erstenmal im Leben zu einer Importe kam.

Eine Stunde später standen die Zimmer in den von Himmelsbach angewiesenen Kojen.

Ludwig, der inzwischen nachgekommen war, half die Zimmer in den richtigen Farbnuancen zusammenstellen.

Himmelsbach, seine gelben Samaschen schlenkernd, befah sich die Arbeit genau und schmunzelte.

„Lieber Eisermann!“ sagte er schließlich, „Sie sind wirklich ein Prachtker! Um den Hals fallen könnt' ich Ihnen!“

„Na, na!“ wehrte Ludwig ab. „Es wird Menschenkinder geben, die zum um den Hals fallen besser gebaut sind als ich!“

Die kleine Kontoristin bekam einen roten Kopf und verschwand.

Abtrotzend bot Himmelsbach sein Zigarrenetui an.

„Wirklich, Eisermann, Sie sind ein Prachtker! Sie scheinen wieder gutmachen zu wollen, was Sie dereinst an mir gesündigt haben!“

Ludwig lachte und steckte die dargereichte Zigarre an.

„Geschäft ist Geschäft, Himmelsbach. Weiter gibts wohl nichts?“

„Doch, kommen Sie mal in mein Privatkontor. Dort gibts einen famosen Kognak, an dem Sie sich erst mal stärken sollen.“

Himmelsbach stellte zwei Gläser auf und schenkte ein.

„Hier, Prost! Wissen Sie, Dreizehnter! Sozjalagen die erste Importware aus Frankreich! Jamos, was?“

Ludwig wischte sich die Lippen.

„Wirklich gut. Sie können ruhig noch einen stiften!“

Himmelsbach verzog sein Gesicht in hundert Grinsfältchen und schenkte nochmals ein. Dann klopfte er Ludwig vertraulich auf die Schulter.

„Wissen Sie, Eisermann, Sie haben den richtigen Tip erfaßt! Schmettern Sie jetzt Ware raus, soviel Sie können! Die Hochsaison fängt an. Man kann gar nicht genug liefern. Direkt heißhungrig sind die Menschen geworden. Erstklassig sind ihre Zimmer, Eins A! Arbeiten Sie, Sie werden verdienen noch und noch!“

Ludwig, der eben den zweiten Kognak hinuntergestürzt hatte, antwortete nicht sogleich. Er war von dem ungewohnten scharfen Getränk etwas eingenebelt.

Himmelsbach, die gute Wirkung seines Kognaks sehend, griff wieder zur Flasche.

„Wünschen Sie noch ein Gläschen, Eisermann?“

Ludwig schaute ihn mißtrauisch an.

„Der Bruder betrügt dich, wenn du dich befausst!“ dachte er. Darum winkte er ab:

„Nein, jetzt nicht, Himmelsbach, später! Erst wollen wir mal das Geschäftliche erledigen und dann das Vergnügen!“

Er holte die Rechnung heraus und legte sie vor Himmelsbach auf den Tisch.

Himmelsbach studierte sie mit der gleichen Genauigkeit, wie anderthalb Stunden zuvor die Florstrümpfe seiner Kontoristin. Ja, um besser zu sehen, wuschte er sich sogar den Kniefer. Doch je mehr er darauf sah, desto finsterner wurde sein Gesicht. Die tausend schmalen Fältchen sammelten sich zu einer dräuenden Gewitterwolke, und schließlich konnte er sich nicht mehr halten und donnerte barschen Tones los:

„Was haben Sie denn da zusammenaddiert, Eisermann? Die Rechnung stimmt doch nicht!“

„Die Rechnung stimmt, Herr!“ sagte Ludwig seelenruhig und streckte behaglich die Beine aus dem feudalen Ledersessel.

„Die Rechnung stimmt nicht, Eisermann! Sie haben pro Zimmer fünfundsanzig Mark mehr gerechnet, als kontraktlich ausgemacht ist!“

„Soll ich vielleicht umsonst arbeiten, Herr Himmelsbach?“

„Bitte, erklären Sie sich deutlicher, Herr Eisermann!“

Ludwig tat erst mal zwei tiefe Züge aus der wirklich ausgezeichneten Havanna und beillte sich durchaus nicht mit der Antwort. Ihm war nicht entgangen, daß sich der Möbelhändler in sehr gereizter Stimmung befand. Innerlich freute

er sich darüber. Jetzt war der Moment gekommen, wo er den Stier an den Hörnern packen und dahin bringen konnte, wo er ihn haben wollte.

„Lieber Herr Himmelsbach!“ sagte er dann, jedes seiner Worte betonend und den Klang der eigenen Stimme auskostend, „als ich mit Ihnen vor vier Wochen den Preis des Einzelzimmers festlegte, hatte ich die damaligen Verhältnisse zugrunde gelegt. Inzwischen sind die Preise für Materialien in die Höhe gegangen. Auch die Löhne sind nicht stabil geblieben. Da werden Sie wohl zugeben, daß ich am Ablieferungstag bei Ihnen etwas ausschlagen muß, um die Geldwertverwertung auszugleichen.“

„Das geht mich einen Dred an, Ihre Geldwertverteilung! Ich muß meine Kunden auch mit festen Preisen bedienen!“

Himmelsbach war in der Erregung aufgesprungen und rannte gestikulierend im Zimmer umher, wie ein Tobtschütiger.

„Beruhigen Sie sich doch, Himmelsbach! Kommen Sie her! Sehen Sie sich wieder hin! Ich schlage Ihnen vor, wir machen Kassapreise, die dem jeweiligen Tageskurs entsprechen, an dem die Ware geliefert wird. Das ist doch die einfachste Rechnung, nicht wahr, Himmelsbach?“

Ein Unterton von Ironie schwang bei dieser Frage in Ludwigs Stimme.

Himmelsbach fuhr von neuem hoch:

„Unter solchen Umständen möchte ich auch Fabrikant sein!“

„Bitte sehr, Himmelsbach! Fangen Sie man gleich an! Ich stelle Ihnen sofort meine Fabrik zur Verfügung. Heute schon! Sie zahlen mir eine anständige Pacht, so wie ich Sie kenne, und ich brauche mir dann nicht mehr den Kopf zu zerbrechen!“

Die gelben Samaschen hüpfen durchs Zimmer wie wildgewordene Bekieserhündchen. Schade, daß sie nicht bellten könnten! Das besorgte jetzt ihr Träger. Er fauchte und knurte.

„Das ist Betrug, Eisermann, reiner Betrug. Empörend, ihre Forderung, gattwegs empörend! Hätte ich das geahnt, würde ich keine Verbindung mit Ihnen eingegangen sein! Sie haben mich reingelegt!“

Wieder trippelten die beiden Bekieserhündchen durchs Zimmer, immer noch aufgeregter, aber doch, wie es schien, gegen früher etwas weniger heftig. Plötzlich hielten sie in ihrer Wanderung inne. Himmelsbach war stehen geblieben und schrie, beide Hände gegen die Kontordecke schüttelnd, so daß ihm die Manschetten aus den Ärmeln rutschten:

(Fortsetzung folgt.)

Das Hochwasser am Rhein.

Man erwartet keinen allzugroßen Umfang.

Köln, 6. Januar.

Das neue Hochwasser wird aller Voraussicht nach in keiner Weise den Umfang erreichen, den es im November vorigen Jahres hatte. Die letzten Meldungen besagen bereits, daß die größte Gefahr vorüber ist.

Der Pegelstand des Rheins zeigt Montag vormittag 6 Uhr in Koblenz 5,38 Meter. Seit Sonntag morgen ist das Wasser hier um 87 Zentimeter gestiegen. Zurzeit steigt es stündlich noch um etwa 2 Zentimeter. Man glaubt jedoch, daß das Wasser höchstens noch um etwa 30 Zentimeter höher steigen wird. In Köln betrug der Pegelstand Montag morgen 5,68 Meter. Stündlich steigt der Rhein um 3 1/2 Zentimeter. Vorwärts hat das Hafendamm- und den Bewohnern der Rheinufertröden eine Warnung zur Räumung der Keller zukommen lassen, da bei dem zu erwartenden Höchststand von etwa 6,10 Metern das Grundwasser in die Keller eindringt. Trier meldet seit Rittersnacht ein Fallen der Rofel. Der Höchststand betrug 5,33 Meter.

Weiß-blauer Frohsinn in der Hasenheide.

München fährt, wie üblich, auch in diesem Jahr sein Zweimonats-Festprogramm durch; am Rhein denkt, wie üblich, auch in diesem Jahr kein Mensch daran, auf sein Karnevalsvergnügen zu verzichten. Warum also soll man auch in Berlin nicht frohlich sein. Die „Neue Welt“ in der Hasenheide — der Name allein wirkt schon wie ein ganzes Programm — gehört zu den Gaßt- und Vergnügungstätten in Berlin, die den ehrenvollen Beinamen „volkstümlich“ ganz besonders verdienen, und sie hat es sich auch in diesem Jahr wieder angeeignet sein lassen, dem nun schon traditionell gewordenen bayerischen Bobbierfest einen besonders lustigen Rahmen zu geben. Es wird wenig bekannt sein, daß die in Berlin einzig dastehende Alpenkonditorei der beiden großen Säle einen Aufwand von 300 000 Mark beansprucht hat. Ein Terrassenbau in fünf Stufen steigt bis zur Höhe des Saales empor. Dazu wimpelt überall in den lustigen Höhen, auf den Seitenbalconen (woll sagen auf „Kammwegen“, von denen man herabfährt in die Täler des Vergnügens), auf allen Seitenwegen, das freundliche, bayerische Weiß-Blau, das zweifelslos viel weiter aussieht als das preussisch-ernste und steife Schwarz-Weiß. Blau und weiß, da denkt man sofort an blauen Himmel und weiße Wolken. Blauweiß laufen auch die vielen süßen Waderin und städtischen Frauen herum, die den Gästen den braunen Labetrunk kredenzen. Es sind wohl ausschließlich süddeutsche Mädchen und Frauen; man merkt es sofort an ihrem Dialekt, der nicht auf Reußländer Altpöhl gewachsen ist. Echt Bayerisch sind auch die meisten Musikkapellen (im ganzen sind sieben da), die unermüdet spielen. Im Tanzsaal vernimmt man natürlich die modernen Schlager, aber wo die bayerischen Klavier heimlich sind, da sind Tango und Foxtrot verpönt und man läßt sich ihre harmlosen volkstümlichen Lieder und Märche wohlgeklaut gefallen. Der bewährte und beliebte Wirt und Besitzer der „Neuen Welt“, Herr Arnold Scholz, hat der Zeit entsprechend die Preise für Getränke und Speisen gestärkt, so daß es auch dem weniger Bemittelten mal möglich ist, sich mit der Familie einen wirklichen fröhlichen Abend zu verschaffen.

Fabrikbrand in Oberschöneweide.

Großfeueralarm lief gestern Abend bei der Feuerwehr aus den Kadelwerken Wilhelmshof, Zehorstr. 6/7, in Oberschöneweide, ein. Von vier Löschzügen, die an die Brandstelle eilten, brauchten jedoch nur zwei Züge in Tätigkeit zu treten, da die Gefahr nicht so groß war, wie es zuerst den Anschein hatte. Im Emallierwerk brannte im zweiten Stockwerk die umfangreiche Erdbaueinlage. Starke Qualmentwicklung erschwerte das Eindringen der Löschmannschaften gegen den Brandherd. Trotzdem gelang es, das Feuer schnell einzukreisen und unter Einsatz von drei Schlauchleitungen zu erledigen.

Blauer „Montag“.

Dem Gauvorstand des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold wird uns folgendes mitgeteilt: In dem Hugenberg-Blatt „Der Montag“ wurde in einem Bericht über angebliche Kaufspreitungen des Reichsbanners anlässlich der Protestkundgebung für die von den Nationalsozialisten erschossenen behauptet, daß das Restaurant „Reglerheim Hufeland“, Hufelandstr. 45, ein Verstecksort der Nationalsozialisten sei. Eine bei der Redaktion des Hugenberg-Blattes von dem Verfasser des Lokals, Herrn Max Jahnsch, gewünschte Berichtigung wurde mit dem Bemerkten abgelehnt, daß diese Behauptung nur zu seinem Vorteil sei. Herr Jahnsch bittet uns, öffentlich festzustellen, daß die Behauptung, sein Lokal sei ein Verstecksort der Nationalsozialisten, nicht zutrifft. Seine Gaststätte stehe jedermann zur Verfügung und würde auch von Republikanern gern besucht. Wir bitten unsere Kameraden und Gesinnungsfreunde, hieron Kenntnis zu nehmen, damit für die Folge Mißverständnisse vermieden werden.

Ely Weinhorn in Lyon.

Die Wittkolllegerin Ely Weinhorn ist heute nachmittag um 3 Uhr aus dem hiesigen Flugplatz gelandet. Sie war um 12 Uhr mittags in Basel gestartet, mußte aber nach kurzer Zeit wegen des sehr schlechten Wetters zurückkehren. Die Fliegerin hofft, bis Barcelona durchzukommen. Der Flug über den Golf von Lyon ist jedoch für eine derartig kleine Maschine nicht ohne Schwierigkeiten, da der dort oft auftretende Mistral sehr leicht die Flugzeuge ins Mittelmeer abtreibt. Sie wird daher wahrscheinlich den Weg über einen der Pyrenäenpässe nehmen.

Ein Siebzehnjähriger. Heute feiert ein verdienter Sozialdemokrat, der Genosse Hermann Gries, Berlin-Stralau, seinen 70. Geburtstag. Wir übermitteln dem treuen Freund, der schon an der Schaffung des „Vorwärts“ tatkräftig mithalf und sich auch in der Gewerkschaftsbewegung sehr verdient gemacht hat, unsere herzlichsten Glückwünsche.

Deutscher Arbeiter-Sängerbund. Die Sangesbrüder treffen sich heute, Mittwoch, den 7. Januar, 16 1/2 Uhr, im Gartenlokal des Saalbau Friedrichshagen zur Trauerfeier für den erschossenen Sangesbruder Willi Schneider („Volkshorn Ost“) und nehmen anschließend an dem Trauerzug nach dem Krematorium Gerickestraße teil. Näheres über Marschrichtung usw. in der heutigen Morgenzahl.

Wetterausichten für Berlin. Teils wolfig, teils heiter, nur noch unbedeutende Schneefälle, Temperaturen meist unter Null. — Für Deutschland: Im Nordosten noch leichte Schneefälle, im übrigen Reich fortschreitende Wetterbesserung. Nachts allgemein Frost, Tagestemperaturen nur im Westen einige Grade über Null.

Singe, wem Gesang gegeben...

Der Herr Tenor. — Seiner Stimme konnte niemand widerstehen.

Man erlebt mitunter in Musik-Verhandlungen von unbeschreiblicher Komik. Angeklagte, die jedem erstklassigen Kabarett Ehre machen würden, Vorkühende, die in der Meisterung der Situation und der Zuhörerhaft als Konfessionäre die größten Heilerfolge zu erzielen wählten — mit einem Wort, man amüsiert sich manchmal wirklich köstlich.

Vor dem Schöffengericht in Charlottenburg waren gestern ein Tenor und seine Frau wegen mehrfachen Betruges angeklagt. Eigentlich ist er nur ein „verunglückter“ Tenor, dieser 39jährige Mann mit seinem Bubenkopfe und seinem operettentypischen Auftreten. Seine geistige Entwicklung mag im Alter von 13 Jahren am Endpunkt angelangt sein. Er sang sein ganzes Leben lang! Während der Schulzeit begann es, später studierte er Gesang, bald hier, bald da, während des Krieges sang er in seinem Regiment, während die anderen an der Front kämpften, und nach dem Kriege studierte er wieder Gesang. Auch mit diesem Studium wurde er nicht fertig, ganz wie mit seinem Abitur. Im Jahre 1921 lernte er seine zukünftige Frau kennen. Sie hatte Geld, das Paar machte gemeinsame Reisen, kam auch nach Monte Carlo, spielte hier nach einem bestimmten System, verlor und erfuhr dann von einem englischen General das richtige System, nach dem man bloß gewinnen konnte. Das unfehlbare Spielsystem, vorübergehendes Singen, Hundszüchterei, Automobil- und dergleichen Geschäfte reichten selbst für ein Existenzminimum nicht aus. Als die Eheleute in Braunschweig einen Bekannten anpumpen wollten, vermachte dieser sie nach Berlin an den Kaufmann B., der ihm 50 Mark schuldete.

Alles wurde verspielt.

Das Tenorpaar erzählte ihm von dem unfehlbaren Roulette-Spielsystem, die Frau des Kaufmanns fuhr mit dem Eheleuten nach Monte Carlo, die erste Rate in Höhe von 500 Mark und eine zweite in Höhe von 600 Mark waren bald verspielt. Die versprochenen Gewinne blieben aus. Eines Tages erschien aber ein Herr Klever auf der Bildfläche. Der Kaufmann B. schuldete ihm Geld; da er nicht zahlen konnte, verwies er ihn an den Tenor, der beim Roulette gewinnen sollte. Herr Klever sah sich das System an, sah die Beträuerin und begab sich mit dem Tenorpaar nach Monte Carlo, um dort das „unfehlbare“ System zu durchschlagendem Erfolg zu bringen. Vorher wurde zwischen dem Tenor und Herrn Klever ein

Vertrag aufgesetzt. Herr Klever verpflichtete sich, dem Tenor für die „besprochenen Unternehmungen“ 3000 resp. 6000 Mark zur Verfügung zu stellen, wofür dieser sich verpflichtete, bis zum 15. Januar 1927 12 000 Mark resp. mindestens 25 000 Mark wiederzugeben. Der Tenor durfte an den Arbeitstagen arbeiten so oft und so lange er wollte. 80 Proz. des Verdienstes erhielt Herr Klever, 20 Proz. der Tenor. Die 3000 Mark waren bald verspielt. Herr Klever fühlte sich betrogen, ebenso der Kaufmann B.

Das andere Lockmittel des Tenors war seine Stimme. Auf dieser fiel ein Landinspektor herein. Er glaubte, daß dem „großen Sänger“ tatsächlich ein Engagement als lyrischer Tenor bei der Staatsoper warte und borgte ihm Geld. Er verschaffte ihm auch ein Darlehen aus der Kriegsbeschädigtenfürsorge und vom Roten Kreuz. Betrogen fühlte sich noch ein Berliner Gesangslehrer, dem der Angeklagte von einem reichen Onkel und von einer Tante erzählte, von denen er Geld zu bekommen hätte. Dabei und Tante registrierten nicht und der Gesangslehrer kam um sein Honorar.

Der Tenor wollte niemanden betrogen haben. In das Roulette-Spielsystem hatte er geglaubt, und die Darlehen wie seine Schulden wollte er zurückzahlen, sobald er dazu imstande sein würde.

Ein Millionenbetrug.

Aus Düsseldorf wird gemeldet: Nach einer Mitteilung des Polizeipräsidenten wurden zwei hier mohnende Kaufleute wegen betrügerischen Bankrotts, Urkundenfälschung und Betrugs in großem Umfange festgenommen. Es handelt sich um den Kaufmann Ernst Bergmann und seinen Geschäftsführer Harry Kottspieper. Beide haben durch ihre Machenschaften hiesige und auswärtige Firmen in erheblichem Maße geschädigt. Bergmann war alleiniger Inhaber der Exportfirma Bergmann u. Co., Kottspieper war Geschäftsführer der Firma. Bergmann, der eine Zeitlang Subdirektor eines Versicherungskonzerns war, hat seine vielfältigen Geschäftsverbindungen bei der Führung seines Exportgeschäftes ausgenutzt. Er künftige Sicherheiten vor, die in Wirklichkeit nicht vorhanden waren. Als die Banken auf Angabe des Status drängten, legte er willkürliche Bilanzen vor. Für das Jahr 1920 bestanden drei verschiedene Bilanzen, die für verschiedene Banken bestimmt waren. Im ganzen hat Bergmann die Firmen um mehr als eine Million Mark geschädigt.

Parteinachrichten für Groß-Berlin

- Stellenungen für diese Rubrik sind stets an das Bezirkssekretariat L. Hof, 2 Treppen rechts, zu richten.
3. Kreis Friedrichshagen. Die Parteimitglieder des 3. Kreises Friedrichshagen treffen am 7. Januar, 19 Uhr, im Saalbau Friedrichshagen, 115. Abl. statt des Reichsbanners. Die für heute, Mittwoch, angeordnete Kreisversammlung findet morgen, Donnerstag, 8. Januar, 19 Uhr, im Sitzungssaal des Rathhauses statt.
 4. Kreis Kreuzberg. Treffpunkt der Genossen zur Trauerfeier 17 1/2 Uhr bei der Trauerfeier Friedrichshagen. Die Genossen nehmen dabei den Reichsbanner teil.
 7. Kreis Charlottenburg. Alle Parteimitglieder des Kreises Charlottenburg nehmen an der Beilegung des ermordeten Genossen Will Schneider teil. Treffpunkt 18 Uhr Saalbau Friedrichshagen. Alle Banner und Fahnen des Kreises sind mitzubringen. Reiner darf fehlen.
 11. Kreis Schöneberg. Alle Parteimitglieder und Genossen werden gebeten, an der Trauerfeier für den erschossenen Genossen Will Schneider teilzunehmen. Treffpunkt Saalbau Friedrichshagen 16 1/2 Uhr.
 12. Kreis Gericke. Parteimitglieder, Banner, Fahnen und Genossen treffen sich am Freitag, dem 9. und Freitag, dem 16. Januar, 20 Uhr, im Saalbau Friedrichshagen, 115. Abl. statt des Reichsbanners. Die neue Partei über: „Bürgerliche und sozialistische Kultur“ beginnt am 23. Januar am gleichen Ort. Alle interessierten Genossen und Genossinnen werden dringend um Teilnahme gebeten. Gebühr für 8 Doppelposten 2 Mark. Von ermäßigten Genossen wird keine Gebühr erhoben.
 15. Kreis Tempelhof. Wir bitten um die Teilnahme an der Beilegung des ermordeten Genossen Will Schneider teil. Treffpunkt 18 Uhr, Straße am Friedrichshagen Ecke Trauerstraßen Straße.
 16. Kreis Prenzlauer Berg. Treffpunkt um 18 Uhr im Saalbau Friedrichshagen, 115. Abl. statt des Reichsbanners. Die für heute, Mittwoch, angeordnete Kreisversammlung findet morgen, Donnerstag, 8. Januar, 19 Uhr, im Sitzungssaal des Rathhauses statt.
 17. Kreis Köpenick. Treffpunkt um 18 Uhr im Saalbau Friedrichshagen, 115. Abl. statt des Reichsbanners. Die für heute, Mittwoch, angeordnete Kreisversammlung findet morgen, Donnerstag, 8. Januar, 19 Uhr, im Sitzungssaal des Rathhauses statt.
 18. Kreis Reinickendorf. Treffpunkt um 18 Uhr im Saalbau Friedrichshagen, 115. Abl. statt des Reichsbanners. Die für heute, Mittwoch, angeordnete Kreisversammlung findet morgen, Donnerstag, 8. Januar, 19 Uhr, im Sitzungssaal des Rathhauses statt.
 19. Kreis Prenzlauer Berg. Treffpunkt um 18 Uhr im Saalbau Friedrichshagen, 115. Abl. statt des Reichsbanners. Die für heute, Mittwoch, angeordnete Kreisversammlung findet morgen, Donnerstag, 8. Januar, 19 Uhr, im Sitzungssaal des Rathhauses statt.
 20. Kreis Reinickendorf. Treffpunkt um 18 Uhr im Saalbau Friedrichshagen, 115. Abl. statt des Reichsbanners. Die für heute, Mittwoch, angeordnete Kreisversammlung findet morgen, Donnerstag, 8. Januar, 19 Uhr, im Sitzungssaal des Rathhauses statt.

Heute, Mittwoch, 7. Januar:

2. Abl. Die Genossen und Genossinnen nehmen an der Trauerfeier des ermordeten Genossen Schneider teil. Treffpunkt 17 1/2 Uhr, Bismarckstr. 64 Friedrichshagen.

Funkwinkel.

Das Programm bietet eine Reihe beachtenswerter Vorträge. Oberregierungsrat Dr. v. Köhler behandelt „Handwerkliche Zeit- und Streitfragen“. Es ist eine Analyse des augenblicklichen Zustandes im deutschen Handwerk, eine Analyse vor allem der wirtschaftlichen Verhältnisse. Köhler weist auf die Notwendigkeit dieses Wirtschaftszweiges hin. Es ist nicht nur eine Notwendigkeit ökonomischer, sondern auch qualitativer Charakter. Aber ist das Handwerk überhaupt noch Handwerk im eigentlichen Sinne? Ueberall ist Motorbetrieb eingeführt worden. Diesen ganzen Problembereich tastet Köhler ab, er deutet eindringlich darauf hin, und schon dieser Hinweis ist wichtig. — Der Begründer und Leiter der Treptower Sternwarte, Dr. Archenhold, gibt einen Rückblick über die Leistungen der Treptower Sternwarte anlässlich ihres 35jährigen Bestehens. Vor allem liegt der Hauptakzent auf der Tatsache, daß hier in Treptow dem Vain die Ergebnisse astronomischer Forschung leicht fasslich vermittelt werden. Das Institut ist im besten Sinne des Wortes populär gehalten, ohne daß es dadurch in irgendeiner Beziehung an wissenschaftlichem Wert einbüßt. — Dr. Hans Jürgen Wille spricht im Rahmen der Vorkunde über „Romane jüngerer Autoren“. Seine Artikel der Werke sind außerordentlich einprägnant, sie bemühen sich, die künstlerischen Eigenschaften eines Buches herauszumischen, aber nur die künstlerischen. Wille spricht als Westler, als einübender, sensibler Mensch, er vergißt leider, daß der Roman auch ein soziales Gebilde ist, Ausdruck der sozialen Struktur einer Zeit. Und gerade diese Struktur müßte betont werden. — Zu erwähnen ist noch das sehr gute Cellotenzert, das Edmund Kurz, außerordentlich sein von Julius Bürger begleitet, absolviert. Kurz spielt mit größter Musikalität, und es folgert besonders sein breiter, gefälliger Strich.

24. Abl. „Häfer See“ ist vom Abteilungsleiter abzuholen.
25. Abl. Die Mitglieder beteiligen sich teilweis an der Trauerfeier und am Geleit für den ermordeten Genossen Schneider. Treffpunkt um 17 1/2 Uhr, Saalbau Friedrichshagen.
27. Abl. Charlottenburg. Die Funktionärerversammlung fällt heute aus. Bitte am Freitag, dem 9. Januar, 20 Uhr, bei der Sitzung, Raum 22. Bitte beteiligen sich an der Beilegung des Genossen Schneider. Treffpunkt Saalbau Friedrichshagen.
28. Abl. Trauerfeier. Treffpunkt um 18 Uhr im Saalbau Friedrichshagen.
31. Abl. Zur Trauerfeier für den ermordeten Genossen Will Schneider treffen sich die Genossen um 16 1/2 Uhr vor dem Reichsbanner, Friedrichshagen.
32. Abl. Gericke. Die Funktionärerversammlung fällt aus. Die Beilegung nimmt geschlossen an der Trauerfeier für den ermordeten Genossen Will Schneider teil. Beilegungsort: Friedrichshagen. Treffpunkt 18 Uhr an der Straße am Friedrichshagen.
34. Abl. Köpenick. Die Genossen und Genossinnen beteiligen sich an der Trauerfeier. Treffpunkt vor der Trauerfeier Friedrichshagen um 17 1/2 Uhr. Dadurch verschiebt sich die Funktionärerversammlung um eine halbe Stunde später.
35. Abl. Prenzlauer Berg. Die Genossen treffen sich um 17 1/2 Uhr bei der Beilegung des 13. Kreises im Friedrichshagen. Die angelegte Vorbesuch- und Funktionärerversammlung findet um 20 Uhr statt.
36. Abl. Köpenick. Die Funktionärerversammlung findet ausnahmsweise am Montag, dem 12. Januar, statt. — 38. Abl. Wir beteiligen uns heute teilweis an der Trauerfeier im Friedrichshagen. Treffpunkt 18 Uhr, Saalbau Friedrichshagen.
39. Abl. Reinickendorf. Die Genossen und Genossinnen beteiligen sich teilweis an der Trauerfeier im Saalbau Friedrichshagen.
102. Abl. Baumgartenweg. Zur Trauerfeier steht die Abteilung um 17 1/2 Uhr mit unserem Banner und Fahnen in der Straße am Friedrichshagen (Rückgang).
111. Abl. Köpenick. Die Parteibibliothek befindet sich im Lokal von Paul Steinmann, Woltersdorfer Str. 100, und steht Parteimitgliedern unentgeltlich zur Verfügung. Schließung von 20 bis 21 1/2 Uhr.
120. Abl. Friedrichshagen. Wir beteiligen uns teilweis mit Banner am Trauerzug. Gemeinliche Abfahrt um 17 1/2 Uhr von Edmund Gerickestraße.
127. Abl. Köpenick. Die Funktionärerversammlung fällt heute aus. Treffpunkt am Freitag, dem 9. Januar, 20 Uhr, bei der Sitzung.
137. Abl. Reinickendorf. Die Genossen und Genossinnen beteiligen sich teilweis an der Trauerfeier im Saalbau Friedrichshagen.

Morgen, Donnerstag, 8. Januar:

22. Abl. 18 1/2 Uhr Vorbesuch. 19 1/2 Uhr Funktionärerversammlung bei Gericke, Baumstr. 6. Die noch ausstehenden Statistiken werden unbedingt benötigt.
 24. Abl. 19 1/2 Uhr Funktionärerversammlung bei Gericke, Baumstr. 6. Der Abteilungsleiter wird um 19 Uhr etwa. Zahlreicher Besuch unbedingt notwendig.
 100. Abl. Köpenick (nördlich der Spree). 19 1/2 Uhr Sitzung aller Funktionäre mit dem Abteilungsleiter. Stellungnahme zu den Neuwahlen, Rolf, Reichshagen Str. 1.
 101. Abl. Köpenick. 19 1/2 Uhr Funktionärerversammlung bei Gericke, Baumstr. 6. 17. — 17. Abl. 19 1/2 Uhr Funktionärerversammlung bei Gericke, Baumstr. 6. Schließung. — 118. Abl. 20 Uhr bei der Bahn, Wilmersdorfer, Funktionärerversammlung.
 102. Abl. Köpenick. Abfahrt um 20 Uhr bei Klemmer, Alpenstraße. Thema: „Wer sind die Nazis?“
 1. Abl. Am Freitag um 19 1/2 Uhr Funktionärerversammlung bei Gericke, Baumstr. 6. Stellungnahme zur Wahl der Abteilungsleitung.
- Sozialistische Studentenschaft, Ortsgruppe Berlin.
Wir beteiligen uns an der Trauerfeier, treffen heute Kreis Mitte.
- Bezirksauschuss für Arbeiterwohlfahrt.
4. Kreis Prenzlauer Berg. Der Rufus: „Die Arbeitslosenversicherung“. Referent: Genosse Kosemann; beginnt endgültig am 16. Januar im Bezirkslokal, Baumstr. 6, 20 Uhr (Dauer 4 Abende).
 17. Abl. Reinickendorf. Treffpunkt, 8. Januar, 20 Uhr, im Volkshaus, wichtige Besprechung (Statistik Funktionäre).
 - Seminar für Schlichtungsfragen. Freitag, 8. Januar, 20 Uhr, im Volkshaus, Baumstr. 6, 17-17. Parteiliche des Rufus über: „Wohlfahrt der Gegenwart“. Referent: Genosse Dr. Ernst Spring. Es wird um praktische Erfahrungen gebeten.
- Arbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde Groß-Berlin.
1. Kreis Prenzlauer Berg. Gruppe Reichshagen. Die Gruppenaufsichtliche beginnen wieder morgen, Donnerstag, 8. Januar, 17 Uhr, im Jugendheim, Sonnenburger Str. 20, Sonnabend, 16. Januar, 19 Uhr, bei Gericke, Gericke Str. 19. 1. wichtige Besprechung. Anschließend Aufklärung der Helfer. Friedrichshagen, Gruppe Sonnenburger Berg. Der heutige Abend fällt der Trauerfeier aus.
 2. Kreis Kreuzberg. Wir treffen uns zur Weihnachtsfeier am Sonnabend, dem 10. Januar, 19 Uhr. Schließung: Gericke, Baumstr. 6. Die Kreisfeier beginnt am Donnerstag, 8. Januar, nach ausstellen, sie findet erst 15. Januar, 20 Uhr, Gericke, Baumstr. 6, statt. Alle Kreisveranstaltungen im Januar fallen ebenfalls aus.
- Geburtstage, Jubiläen usw.
2. Abl. Unserem Genossen Rast Dowe zu seinem 70. Geburtstag die herzlichsten Glückwünsche.
 21. Abl. Unserem lieben Genossen Wilhelm Hoff, Wilmersdorfer Str. 21, zu seinem 70. Geburtstag die herzlichsten Glückwünsche.
 22. Abl. Unserem lieben Genossen Hermann Gericke, Stralau, Reichshagen Str. 11, zum 70. Geburtstag und hohem Geburtstag die herzlichsten Glückwünsche.
 27. Abl. Alfred Schöner. Geburtstag, 22. April, am 7. Januar auf eine 25jährige Parteimitgliedschaft zurück. Gericke ist er seit 25 Jahren Funktionär und Bezirksleiter des Verbandes der Nahrungs- und Genussmittel- und Getränkearbeiter. Gericke wird er in diesem Jahre 30 Jahre alt.
 30. Abl. Reichshagen. Am 1. Januar feierte Genosse Otto Winkler, Köpenick, sein 35jähriges Parteijubiläum. — Am 7. Januar feiert die Genossin Anna Wille, Prenzlauer Berg Str. 17, ihren 65. Geburtstag. — Auch Genosse Franz Hoffmann, Jägerstr. 12, feiert seinen 65. Geburtstag. Wir wünschen, alle noch recht lange in unserer Mitte zu sehen.

Es ist genug!

Wir formierten uns heute zum Trauertag —
Die Toten klagen — Es ist genug!
Seit Jahren Verleumdung und Hezerwort,
seit Jahren politischer Mangelmord.
Aus dem Hinterhalt, im Dunkel der Nacht
wurden Menschen wie Wild zur Strecke gebracht.
Blühendes Leben ward Viehisch zerstört,
der Wehrruf der Eltern blieb ungehört —
Die Opfer sind stumm — die Mörder schreien.
Soll das so bleiben? Wir rufen: Nein!

Und abermals: Nein! Es ist genug!
Die Reihe der Opfer ist endloser Zug!
Wir dulden nicht länger Mord und Gewalt!
Das Maß ist voll! Wir rufen: Halt!
Lautheit muß fallen, — Ersattung vergehn!
Kein Republikaner darf abseits stehn!
Die Reihen gefüllt und Tritts gefast!
Die toten Genossen sind mahnende Last —
Wir tragen sie mit uns in unserem Zug,
sie sind uns Mahnung: Es ist genug!

Walter Dehmel

Das „ewige“ Zündholz

Ein Patent Dr. Ferdinand Ringers-Wien, ein ewiges Zündholz herzustellen, erregt mit Recht in der Öffentlichkeit großes Aufsehen, denn die Streichhölzer sind in ihrer heutigen Form durchaus keine ideale Einrichtung. Sie verlöschen an unrichtiger Stelle, die brennbare Kapselfringel ab und erregt Feuerschaden, Brandwunden, und schließlich ist es nicht unseren Fortschritten auf dem Gebiete der Technik entsprechend, daß wir riesige Wälder abholzen müssen, um die Welt mit Feuerzeug zu versorgen. Die sogenannten schwedischen Streichhölzer bedeuteten schon einen großen Fortschritt gegenüber den Schwefelhölzern aus unserer früheren Zeit, die bekanntlich mit ungeheurem Gestank allmählich das kleine Holz zum Brennen brachten.

Nun kam Dr. Ringer auf den guten Gedanken, eine, wie es in der Patentschrift heißt, „geformte Masse aus Nitrozellulose, Bischof herzustellen und die ganze Masse in Stabform zu bringen, auf passende Längen zu schneiden und auf diese Weise gebrauchsfertig zu machen.“ Um ein „ewiges“ Streichholz herzustellen, das allerdings nicht ewig ist, sondern für ungefähr 500 bis 600 Zündungen ausreicht, mußte Ringer auf das Holz verzichten, das bisher die Hauptrolle des Zündholzes bildete. Das Brennmaterial muß nämlich für ein mehrfach zu benutzendes Streichholz richtig imprägniert werden, um zu verhüten, daß die ganze Stange sofort in Brand gefeht wird. Holz ist auf diese Weise nicht zu bearbeiten, damit es für den Massengebrauch verwendbar wird. Ringer mußte also auf ein anderes Brennmaterial zurückgreifen, das, wie aus der oben genannten Patentschrift hervorgeht, aus holzähnlichen Stoffen wie Bischof und Nitrozellulose besteht und für derartige Zwecke richtig imprägniert werden kann. Diese Stoffe haben in der letzten Zeit auf technischem Gebiete eine hervorragende Verwendung erfahren. Man denke nur an die Kunststoffsabritkation. Jetzt sollen sie zur Fabrikation des ewigen Streichholzes dienen. Um die Masse brennbar zu machen, muß sie andererseits so präpariert werden, daß sie wie eine Art Zündholzkopf wirkt. Es gibt mehrere derartige Zündmatten wie Kaliumchlorat, Braunstein usw. Falls die Masse derartig präpariert ist, wird sie ausgewalzt und in Stäbchenform geschnitten, genau wie Streichhölzer, woraufhin sie sofort gebraucht werden kann. Von dem gewöhnlichen Streichholz unterscheidet sie sich durch das Material, aus dem das ewige Zündholz hergestellt ist, und durch die Art der Verarbeitung. Als Reibfläche wird man ähnliche Vorrichtungen verwenden können wie bei den sogenannten schwedischen Streichhölzern.

Diese Neueinrichtung wird, falls sie sich bewähren sollte, eine starke Beeinträchtigung der schwedischen Zündholzindustrie, und es kann wohl möglich sein, daß zwar Kreugers Millionindustrie dadurch gefährdet wird.

wibi: Im Jugendgericht

Franz Bezelmit, geboren am 16. Mai 1906 zu Martinswalde in Pommern, unehelicher Sohn des Schnitlers Alfons Bezelmit und der Mutter Maria Dumbereit, steht vor den Schranken des Jugendgerichts.

Der Richter hat das umfangreiche Anklageregister verlesen. Mehrfacher Diebstahl, schwerer Einbruch, Unterschlagung und einige Betrugsfälle wechseln in bunter Folge. Franz Bezelmit vernimmt stehend, mit zusammengerechten Rippen die einsörmige Vorlesung. Seine Mutter sitzt in sich zusammengesunken. Tränen rollen in ihren Schöf.

Der erste Zeuge, ein Kaplan, marschiert auf. Franz war Mitglied des Jünglingsvereins und hatte aus des Kaplans Wohnraum im Pfarrhaus einen Zwanzigmarkschein in einem günstigen Augenblick vom Schreibtisch an sich genommen. Der Junge gesteht.

Von einem Arbeiter ließ er sich ein Fahrrad und verkaufte es für zehn Mark am schlesischen Bahnhof. Mit der Fahrradlampe eines Zweiten machte er es ebenso. In mehreren Kleinhandels-geschäften hatte er eine Sammelkarte des katholischen Pfarramtes vorgelegt und die gezeichneten Beträge für sich verwendet. Bei einer älteren mitleidigen Frau in der Provinz, die dem abgerissenen, zigeunernden Burschen ein Nachtquartier gewährte, nahm er aus verschlossenen Schränken Wäsche an sich, um sich Geld zu schaffen. Einem Gastwirt in märkischem Dorfe stahl er während des Schlafes dreihundert Mark aus der Hosentasche. Nach diesem Beutezug war er in Gesellschaft einer Dirne vom Alexanderplatz aus per Auto in die Provinz hinausgefahren und im Dorfgasthaus abgestiegen. Die Augen der Obrigkeit schöpften schon am nächsten Tage Verdacht. Das Mädchen war gegen Mittag bereits verschwunden. Franz Bezelmit wurde festgesetzt. Von dem Geld besah er nur noch fünf-zehn Mark; den übrigen Teil hatte seine „Freundin“ mitgehen heißen. Bevor der Bursche jedoch einer katholischen Fürsorge-erziehungsanstalt in Ostpreußen überwiesen werden konnte, mußte er erst die Geschlechtskrankenklinik des städtischen Krankenhauses passieren.

Die beiden Bänke vermochten kaum die abtretenden Zeugen zu lassen. Franz Bezelmit leugnet in keinem Falle. Feindselige Blicke der Zeugen fielen dem untersehten Burschen zu. In ungelentten Worten gestand er alles. Seine Stimme klang gepreßt; das Gesicht aber blieb unbeweglich. Die Augen blickten starr zu Boden und hoben sich kaum beim Sprechen.

Der Staatsanwalt fand selten einen Anlaß zum Eingreifen, währenddem sich der Jugendrichter unermüdet bemühte, Triebkräfte und Mitläufer einflüsse bloßzulegen.

Die Mutter wurde befragt. Mit weinerlicher, kaum vernehmbarer Stimme antwortete sie. Als alleinstehende Frau schaffte sie tagsüber in der Fabrik. Der Junge war wechselweise als Lauf- und Arbeitsbursche in verschiedenen Betrieben tätig. Er mußte Geld verdienen. Von ihrem geringen Einkommen konnte sie ihn nicht noch Jahre hindurchschleppen.

Unbekannt war ihr bis vor einem Vierteljahr, daß er über ein Jahr schon ohne Arbeit, tagsüber herumtrödelte und sich das Geld „so“ beschaffte.

Hinter der niederen Stirn des Jungen arbeitete es plötzlich fieberhaft. Er plagte mitten in der Mutter Rede hinein: „Hätt' ich du mir doch Maurer lernen lassen!“

Die Frau zuckte nur stumm und verzweifelt mit den Schultern und trat zurück.

Der Staatsanwalt hatte ein leichtes Spiel. Er wies auf die „unzweifelhaft verbrecherische Anlage“ des Angeklagten hin und beantragte nach kurzer Rede unter Hinweis auf die niedere Gesinnung, die sich besonders in einzelnen Taten aufweise, eine Gesamtstrafe von einem Jahr und neun Monaten Gefängnis.

Franz Bezelmit wurde erregt. Er bat im Schluchzwort — „wenn es sein muß!“ — um Gefängnis. „Lieba will ich ins Gefängnis als nochmal in Fürsorgeerziehung!“ Mit tränenerfüllter, heiserer Stimme sprach er weiter: „Da lernt man ja erst, wie's gemacht wird... Ich wollte Maurer lernen. Da hamse bloß immer gesagt, wie ich mir det gewünscht habe. Ich wär'n anständiger Mensch geworden, wenn sie mir hätten lernen lassen.“

Der Richter zog sich mit den Schöffen zur Beratung zurück. Nach halbständiger Unterbrechung wurde das Urteil verkündet: „Ein Jahr und drei Monate Gefängnis; nach sechsmonatiger Straf-

verbüßung bei guter Führung Bewährungsfrist und Ueberweisung in Fürsorgeerziehung.“

Der nächste Fall wurde aufgerufen.

Emil Bejchte, Arbeiter in einer Metallwarenfabrik, siebenzehn Jahre alt, hat sich wegen groben Unfugs und Körperverletzung zu verantworten.

Emil ist ein großer, vierschrötiger Bursche. Fortwährend fährt er sich mit dem Finger zwischen Hals und Krage. Er knöpft kein Jackett auf. Alles ist ihm unbegreiflich eng.

Nach den üblichen Formalitäten bittet ihn der Vorsitzende, den ganzen Vorfall noch einmal im Zusammenhang zu schildern.

Also beginnt er: „Ich war Himmelfahrt. Da sind wir rausgejungen, drei Mann un ich, und ham da in Parten jeseßen. Draußen uff de Wiese ham'n paar Fußball jespielt und denn ham wa uns den Ball jegriffen und wollten ooch'n bißken knedeln. Da is denn der Bata von die Jungen jekomm' und wollte den Ball wiedaham. Und wie wa'n nich jeseßen ham, da tamen pleglich noch zwei Männer und wollten 'n uns mit Gewalt wechnehm'. Aba so ein-fach jing det nich. Na und so isset gekomm'!“

Der Richter hatte ihn ausreden lassen. Nunmehr stellte er verschiedene Fragen: „Waren Sie zuvor auch noch in anderen Wirt-schaften? Nach einigem Schweigen gesteht Emil Bejchte, mit seinen Freunden noch in zwei anderen Ausflugslokalen dem Alkohol zuge-sprochen zu haben. „Aba I war'n bloß sechs bis acht Roll'n!“

Der Vater der bedrängten Jungen und die beiden Zeugen be-funden übereinstimmend die starke Trunkenheit des Angeklagten. Da braust Emil Bejchte höhnisch und zugleich beleidigt auf: „Ree, meine Herrn — von soon paa' Roll'n sind wa noch nich befoff'n! Der Herr da, und er weiß dabei auf einen der Männer, „hat mir Lehr unlanft anjefast und da hab ich 'n bißken feste jubebrüht. So war et.“

Der „soon bißken jedrückt Herr“ hat dem Bericht ein ärztliches Attest eingereicht, auf welchem bescheinigt wird, daß dem Zeugen zwei Rippen durch die Gewaltanwendung angebrochen sind.

Bei Verlesung dieser ärztlichen Feststellung huscht ein zufriedenes Lächeln über des Burschen Gesicht.

Der Jugendamtsvertreter bittet um Stellung unter Schu-lenaufsicht.

Der Staatsanwalt beantragt unter Berücksichtigung der bis-herigen Unbescholtenheit des Angeklagten eine Gefängnisstrafe von drei Wochen.

Das Urteil lautete auf fünfzig Mark Geldstrafe und Stellung unter Schulaufsicht des Jugendamtes.

Der Angeklagte bittet, in Wochenraten zahlen zu dürfen. Die Bitte wird ihm gewährt.

Wegen fahrlässiger Tötung ist der Lehrling Fritz Horwitz an-geklagt. Sein Vormund ist mit ihm gekommen.

Zur Verhandlung ist ein Sachverständiger hinzugezogen. Er hat eine Situationskarte auf dem großen Tisch vor sich ausgebreitet.

Der Verhandlungsleiter skizziert noch einmal an Hand der Karten den Sachverhalt: Während der Mittagspause am 17. Septem-ber fuhr der Angeklagte ohne Führerschein mit einer schweren D-Maschine auf der verkehrsarmen Helmstr. Auf dem Sozials-Strich sah der inzwischen verstorbene Helmstr. Kömmede. Hinter der Straßenkreuzung Linke- und Lobanstraße streifte das Motorrad das Auto einer Wäschefirma und kam ins Schleudern, wobei der Mit-fahrende Kömmede von seinem Soziusly gegen die Bordschwelle ge-schleudert wurde und einen Schädelbruch erlitt, an dessen Folgen er am nächsten Tag verschied. Der Angeklagte blieb unverletzt. Die Maschine war, von einigen leichten Schrammen abgesehen, un-verfehrt.

Fritz Horwitz zitterte am ganzen Körper. Blah und besangen schilderte er den unglückseligen Zwischenfall, gab auf die verjüng-lichen Fragen des Sachverständigen teile, doch klare Auskünfte, die an Hand der Planlinie und mit Hilfe von Berechnungen der Fahrt-geschwindigkeiten schnell geklärt wurden und durch die Aussagen des Chauffeurs und Mitfahrers im wesentlichen bestätigt werden konnten.

Der Vertreter des Jugendamts sowie der Vormund der Halb-waise gaben dem Angeklagten einen guten Rausmund. Der Vor-mund wies in besonderen auf die Streblamkeit seines Schütlings hin, der nach Beendigung seiner Lehre als Autofahrer sich später auf die Fahrerprüfung vorbereiten beabsichtige. Durch eine Ver-urteilung werde ihm dieser Weg verbaul.

Der Staatsanwalt aber plädierte noch wie vor auf jahrlängige Tötung. Sechs Monate, die Mindeststrafe, seien geeignet, in diesem Fall eine harte, doch unabwehrbare Mahnung erstehen zu lassen. „Bei der Strafzumessung,“ fügte er hinzu, „ist der alleseitig aner-führte Rausmund bereits in Betracht gezogen.“

Der junge Angeklagte ist erschüttert.

Er findet kein Wort zu seiner Verteidigung.

Richter und Beiführer verschwinden im Beratungszimmer.

Während der fast dreiviertelstündigen Urteilsfindung im Neben-zimmer herrscht im Saal ein bedrückendes Schweigen. Der junge Mensch verharret regungslos. Sein Vormund stiert ins Leere.

Träge rinnt die Zeit. Vierzig Minuten werden zur Ewigkeit. Qualvolle Ungewißheit zerrt an den Nervensträngen.

Beif wie die Wand erhebt sich Fritz Horwitz bei der Urteils-verkündung. Ein Dampfdruck im Hirn läßt alle Worte an ihm abgleiten wie Dampf von einem Kochtuch. Nur ein Wort fast sein Gehirn: Freispruch! Raus noch hört er von der Geldstrafe wegen Fahrens ohne Führerschein.

Tränengas für Tiere. Unter den Ausrüstungsgegenständen einer Forschungs-expedition, die zum Zwecke zoologischer und ethnologischer Studien in diesen Tagen die Ausreise von New York nach Venezuela angetreten hat, befinden sich auch Tränengasbomben (sowie be-nannte „hypodermische Kugeln“). Die Bomben dienen dazu, die Tiere, die photographiert werden sollen, vorübergehend bewegungslos zu machen, während die Augen die Tiere betäuben und dadurch ihren Fang erleichtern sollen. Fernerhin will sich die Expedition, die ihre Operationsbasis in Marida, etwa 350 Meilen landeinwärts, aufzu-schlagen gedenkt, eingehend mit dem Eingeborenenstamm der Chichas beschäftigen, einem interessanten primitiven Volk, von dem bisher noch wenig bekannt geworden ist.

Bergsteigen verboten. In dem mongolischen Lande Amdo be-findet sich das große lamaistische Kloster Lawron, das am Fuße hoher und schon geheimer Berge liegt. An das Besteigen dieser Berge hat sich nun seit alterher ein merkwürdiger Aberglaube ge-trumpft. Es heißt nämlich, daß jeder, der als erster den Gipfel eines Berges bestiegt, bestimmt sei, der Herr über die ganze Gegend zu werden. Um dies zu verhindern, besteht nun tatsächlich ein Verbot, die Berge um das Kloster Lawron herum zu besteigen, denn das Besteigen wäre gleichbedeutend mit dem Verlangen, das Land beherrschen zu wollen. Aus diesem Grunde wird es auch den Forschern sehr erschwert, Messungen auf diesen Bergen auszuführen.

Der Schöpfer des Weltpostvereins

Zum heutigen 100. Geburtstag Heinrich Stephans

Noch heute nennt man wohl den Briefträger „Stephanboten“, ein Beweis dafür, wie tief das Wirken des Schöpfers des deutschen Postwesens Heinrich Stephan in das Bewußtsein des Volkes ge-drungen war. Freilich, vieles von dem, was dieser Mann nicht nur für sein Vaterland, sondern für die ganze Welt geschaffen, ist unter-dessen verächtlich, doch in der Weltgeschichte des Post- und Nachrichten-wesens wird sein Name fortleben als der eines Genies, das für dieses Gebiet eine besondere Begabung besaß.

Stephan war ein Selbmademan, der sich sein unioerfelles Wissen auf eigene Faust aneignete. Daß in dem Sohn des Schneiders Stephan in Stolp, als er mit 17 Jahren als Postschreiber in den preußischen Postdienst aufgenommen wurde, bereits eine Ahnung seines künftigen Aufstieges bestand, zeigt seine Aeußerung: „Ein schlechter Kerl, der nicht denkt, Generalpostmeister zu werden.“ Freilich, leicht wurde ihm die Erreichung dieses Zieles nicht. Er war vor allem ein erstaunlicher Arbeiter, der sich durch nächtliche Studien das ungeheure Wissen aneignete, das ihn später dazu befähigte, seine grundlegenden Werte zur Geschichte des Verkehrs und der Post zu schaffen. „Weil ich beim Nacharbeiten manchmal die Füße in kaltes Wasser lege, ist mir die Schleimbaut im Halse und auf der Brust zerrissen“, schrieb er damals beiläufig in einem Brief an den Vater. „Der Brusthusten war so arg, daß ich fürchtete, es läße in der Lunge. Aber eine ärztliche Untersuchung hat das nicht bestätigt.“ Weil er sich nicht zu Spiegeleisen in seiner Zeit der „schwarzen Kabinette“ hergeben wollte, war er aus dem Generalpostamt, in das man ihn seiner Befähigung wegen früh gebracht hatte, straf-versetzt worden, und das Gehalt war so gering, daß er, den heutigen Werkstudienten vorausweisend, in einem Tanzlokal mit seiner Geige aufspielte. Doch seine überragende Begabung ließ sich nicht ver-kennen, und so holte der damalige preußische Generalpostmeister Schmücker 1856 den vielversprechenden jungen Beamten als keinen Gehilfen nach Berlin, und schon mit 27 Jahren war er Postrat. Von nun an beginnt seine großartige Tätigkeit im Dienst und zum Ruhm der Weltpost.

Seine erste Erfindung war die der Postkarte, deren Ein-

führung er 1865 in einer Denkschrift befürwortete. Aber damals war schon sein Freund Schmücker dahingegangen; sein Nachfolger suchte das aufstrebende Genie in jeder Weise zu behindern, und so war es die österreichische Postverwaltung, die die Idee Stephans 1869 verwirklichte. Durch seine geschickten Verhandlungen hatte er damals, noch vor der Reichseinheit, bereits eine deutsche Post-einheit zusammengebracht, und 1867 schuf er als Schrittmacher der deutschen Einheit als Einheitsporto die Silbergrößen-märke. Genieß eine Großtat, die man damals ganz anders empfand als heutzutage, da die Zahl der verschiedenen Briefarten im deutschen Postverkehr bei Stephans Eintritt noch etwa 2000 betragen hatte. Endlich 1870 zum Generalpostdirektor ernannt, schuf er zunächst die mühsertgültige Organisation der Feldpost im deutsch-französischen Kriege und machte dann durch seine umfassenden Re-formen die deutsche Reichspost zu einer Musteranstalt, die in der ganzen Welt bewundert wurde. Jetzt konnte er auch seine Pläne zur Vereinheitlichung des internationalen Postwesens, die er seit 1860 verfolgte, durchführen, und ihre Krönung war die Schöpfung des Weltpostvereins, die erste universelle Vereinigung der Nationen des Erdballs, die als seine größte Tat bezeichnet werden kann. Auf seinem Gebiet blieb er führend. Er schuf u. a. die Rohrpost und war der erste, der die Bedeutung der neuen Erfindung des Fernsprechers erkannte. Zwei Monate bevor das Bell-Telephon in seiner Heimat Amerika zur Verwendung gelangte, übergab es Stephan, der diese Erfindung Fernsprecher getauft hat, in Deutschland dem öffentlichen Verkehr, und zwar am 12. November 1877. Zehn Jahre später wies Berlin die meisten Sprechstellen in der Welt auf. Sogar die Bedeutung der Luftschiffahrt hat er bereits vorausgesehen, als er 1874 in seinem Vortrag „Weltpost und Luftschiffahrt“ erklärte, nur mit einer starken Kraftmaschine werde sich dieses Problem lösen lassen. Dadurch wurde er zum Anreger des Grafen Zeppelin, der ältere gestanden hat, daß der Wunsch, ein lenkbares Luftschiff zu schaffen, in ihm durch den Vortrag Stephans wachgerufen worden sei.

Lebensmittelpreise in Berlin.

Lohnabbau marschiert — Preisabbau stagniert.

Während die Lohnabbauaktion im ganzen Reich ihren Fortgang nimmt, ist es um den Preisabbau immer stiller geworden. An wichtigen Fronten dieser Regierungsaktion, so bei den Verkäufen, in die Monopolpreise der Eisenindustrie einzubrechen, ist es sogar zu einer klaren Niederlage und einem kläglichen Rückzug der Regierung gekommen. So wichtig aber auch die Preisentkennungen der Industrie für die Anhebung der Konjunktur sind, so bleiben die Preisentkennungen für Lebensmittel und lebenswichtige Bedürfnisse zunächst doch für die werttätigen Massen, deren Lebensstandard jetzt von allen Seiten angegriffen wird, entscheidend.

Die vom Statistischen Amt der Stadt Berlin alle 14 Tage herausgegebenen Berliner Wirtschaftsberichte haben sich das Verdienst erworben, ständige Preisunterkennungen auf allen Gebieten der Nahrungsmittel in zweiwöchentlichem Abstand zu veröffentlichen. Der neueste Bericht des Statistischen Amtes, der die beiden Wochen vom 3. bis 17. Dezember umfaßt, stellt fest, daß sich

das langsame Absinken der Kleinhandelspreise

für Lebensmittel, namentlich bei Fleisch und Fleischwaren, weiter fortgesetzt hat. Der Umfang des Preisabbaus in der Berichtszeit blieb jedoch sehr gering und betrug bei allen von der Statistik erfaßten Fleischwaren nur 1 bis 3 Pf. je Kilo. Den stärksten Preisrückgang haben Schweinefleisch, roher Schinken sowie Fleisch-, Jagd- und Leberwurst erfahren. Von Fischen sind Schellfisch und Kabeljau billiger geworden, während Schollen, grüne Heringe und Bücklinge sogar gestiegen sind. Im übrigen sind die Preise für Brot, Mehl und Nährmittel in den beiden Wochen vom 3. bis 17. Dezember im wesentlichen unverändert geblieben, desgleichen auch die Eier-, Kartoffel- und Zuckerpriese. Infolge der Jahreszeit sind auch die Gemüsepreise etwas gestiegen und Butter hat sich sogar um 4 Pf je Kilo verteuert.

Die Indexpriese im Kleinhandel, die auf der Grundlage 1913 gleich 100 errechnet sind, ergeben für die einzelnen Gruppen von Lebensmitteln folgenden Stand:

Lebensbedürfnisse Gruppe	Oktober Monatsdurchschnitt	Novbr 5.	Dezember 3. 17.
Fleisch und Wurstwaren	129,3	127,6	125,6 124,0
Fische	185,7	187,2	167,1 167,5
Milch und Milchzeugnisse	129,8	128,6	126,3 125,1
Brot, Mehl und Nährmittel	129,6	1 8,1	135,0 135,0
Eierfrüchte	165,1	160,2	147,7 144,8
Sonstige Lebensmittel und Obst	141,7	139,6	136,0 134,3

Im einzelnen haben seit dem Oktober 1930 von den vom Statistischen Amt erfaßten 59 verschiedenen Lebensmitteln lediglich Eier eine Preiserhöhung erfahren und zwar um 1 Pf. oder

7,1 Prozent. Die Preise für Rüdenfett und Birringkohl sind unverändert geblieben. Alle übrigen Lebensmittel sind im Preise gesunken, allerdings in einem sehr verschiedenen Ausmaß. Die größte Preisermäßigung weisen prozentual Kabeljau mit 33,4 Proz sowie weiße Bohnen, Kartoffeln und Kohlrüben mit über 17 Prozent, auf. Um mehr als 10 Proz. im Preise zurückgegangen sind außerdem noch Weiskohl, Mohrrüben, Linsen und Margarine. Der Brotpreis hat sich seit dem Oktober um 7,5 Proz. erniedrigt.

Das Gesamtergebnis der Preisentkennungen auf den Lebensmittelmärkten in Berlin seit dem Oktober 1930 ist folgendes: Die Ernährungskosten einer fünfköpfigen Familie innerhalb von vier Wochen sanken

für Fleisch- und Wurstwaren von 20,21 M. auf 19,58 M.
„ Fett, Milch, Eier, Käse . . . 30,28 „ 29,27 „
„ Brot, Gemüze, Kartoffeln . . 34,92 „ 32,44 „
„ sonstige Lebensmittel . . . 10,08 „ 9,97 „

Die gesamten monatlichen Ausgaben für Lebensmittel bei einer fünfköpfigen Familie waren also seit dem Oktober 1930 von 95,49 Mark auf 91,26 Mark gesunken, das ist ein Rückgang von 4,23 Mark oder 4,4 Prozent.

Das Gesamtergebnis der Preisentkennungen ist also äußerst kümmerlich. Es gehört schon eine ganze Portion Annäherung dazu, bei derartigen geringen Preisrückgängen von einem „Erfolg“ der Preisentkennung zu sprechen. Es liegt eine ganze Kluft

Drosselung des Reallohnes

und der Lebenshaltung der werttätigen Bevölkerung vor, die in der Prozentigen Lohnkürzung für 130 000 Berliner Metallarbeiter besonders stark in Erscheinung tritt.

Es kommt noch hinzu, daß bisher nur bei Lebensmitteln und Textilien eine Preisentkennung spürbar geworden ist, also bei dem Bedarf, der mit rund 50 Proz. einen Arbeiter- und Angestelltenhaushalt befaßt. Für die andere Hälfte seiner Ausgaben, wie Miete, Verkehr, Gas, Wasser- und Elektrizitätstarife ist aber in Berlin bisher überhaupt noch keine Verbilligung, und im Reiche erst an wenigen Stellen, eingetreten. Die Dinge liegen ganz klar: Wenn es nicht gelingt, den breiten Massen eine wesentliche Erleichterung

durch Senkung der Mieten,

der Verkehrs- und anderer zwangsläufiger Ausgaben zu verschaffen, so muß sich der bereits vollzogene Lohnabbau in einer scharfen Senkung der Kaufkraft auswirken, deren Nachschläge die Wirtschaft selbst erst im Laufe dieses Jahres zu spüren bekommen wird. Wären unsere Unternehmer nicht so machtpolitisch verbohrt und vernünftigen wirtschaftlichen Gedanken zugänglich, so müßten sie selbst im ureigensten Interesse die Bewegung abbremsen, die sie mit der Parole „Herunter mit den Löhnen“ willkürlich ausgelöst haben.

Streitbares Braufkapital.

Gegen „ungeheuerliche Steuer-ungerechtigkeit“. — Spar-same Wirtschaft.

Das Braufkapital hat eine Kampagne gegen die Bierbesteuerung eröffnet. Was man bei Schultheiß-Bahnhof angeht, der respektablen Dividende und der starken Reserven mit guter Laune und etwas Elegie auf die starke Belastung durch die Steuern hin, so sucht man bei Löwen-Böhmisch durch Aufzählung schreckhaft hoher Zahlen Eindruck auf wenig informierte Köpfe zu machen. Deutlicher war das, was Generaldirektor Racher in der Generalversammlung der Engelhardt-Brauerei zu diesem Thema ausführte.

Die Auslassungen des Geschäftsberichts gegen die „sinnlose und durch nichts begründete Bevorzugung gewisser Produzenten- und Verbraucherpreise in der Besteuerung“ seien in keiner Weise gegen das Prinzip der Staffelung der Steuer gerichtet. Was dann als Erläuterung folgte, war allerdings doch gerade gegen die Staffelung gerichtet, zum mindesten gegen die vermeintliche Hebertreibung der Staffelung. Schon die Ueberführung der „Abteilungen“ in selbständige Aktiengesellschaften, um die „Begnungen des Braukerchengesetzes“ auszuweichen zu können (die Tochtergesellschaften zahlen als „Mittelbetriebe“ niedrigere Steuerätze), stellt sich als Demonstration gegen das Staffelprinzip dar. Ganz besonderen Unwillen hat aber die „Best der sog. Hausbrauereien“ erregt. Diese seien zu einer Gefahr für „die Wirtschaft“ und die Einnahmen des Reichs geworden. Wenn im Finanzamtsbezirk Schweinfurt seien 3 000 solcher Hausbrauereien vorhanden, die natürlich von keiner Behörde der Welt kontrolliert werden könnten. Und diese Hausbrauereien vermehren sich dauernd, weil sie nur 2 Mark pro Hektoliter Bier, die gewerblichen Brauereien aber 9,50 bis 12 Mark Steuer zahlen. Warum müsse der norddeutsche Bauer für das Bier 10 Pfennig mehr als der bayerische zahlen? Gegen diese „ungeheuerliche Ungerechtigkeit“ müsse sich die Brauindustrie bis zum letzten wehren. Die Bevorzugung Bayerns durch das Reich — die zweifelslos mit einem gewissen Recht getadelt wurde — zeige sich auch vor allem darin, daß bayerische Bierproduzenten die Steuern auf 4 bis 5 Monate gestundet beläßen, während einer Berliner Großbrauerei nicht einmal ein Großhandelsabkommen würde, sondern nur ein beständiger Reichsbankcheck.

Der Abfahrtsrückgang hat im Jahre 1929/30 durchschnittlich 5,2 Proz. betragen; bei der Engelhardt-Brauerei erreichte der Rückgang nur 3,5 Proz. Uns scheinen diese Zahlen, gemessen an der stark gemächlichen Arbeitslosigkeit und mit Rücksicht auf das nicht gerade gute Wetter recht günstig, jedenfalls wenig geeignet zu sein, daraus eindeutig eine stark hemmende Wirkung der Steuererhöhung ab 1. Mai 1930 abzulesen. In den Wintermonaten hat sich der Rückgang ver-schärft: nach einer Umfrage im Rheinland um durchschnittlich 25 Proz. Bei der Engelhardt-Brauerei war der Rückgang in Industriegebieten 20, in ländlichen Bezirken 10 bis 15 Proz. Darin drückt sich sehr scharf der Einfluß der Arbeitslosigkeit auf den Bierkonsum aus. Uns scheint nicht zweifelhaft, daß bei gutem Wetter und einigermaßen erträglicher Entzweiung

des Arbeitsmarktes die heutige hohe Bierbesteuerung noch tragbar ist.

Zum Schluß betonte auch Generaldirektor Racher, daß es der Engelhardt-Brauerei noch recht gut gehe. 13 Proz. Dividenden wie im Vorjahre und sehr erhebliche offene und stille Reserven sind das beste Zeichen dafür, zumal stets höchstes Arbeitsprinzip „sparsame Wirtschaft“ gewiesen sei. Ob dies Prinzip der Spartheit sich auch bei der Bemessung der Direktorengehälter durchsetzt?

Inlandsmarkt entscheidet.

Enqueteauschuß über Verflechtung der Wirtschaft.

In seiner neuesten Veröffentlichung — erschienen bei Mittler u. Sohn, Berlin — versucht der Enqueteauschuß im Rahmen einer großen Erhebung der inneren Verflechtung der deutschen Wirtschaft näherzukommen, wobei vor allem die sachliche und räumliche Verflechtung der verschiedenen Wirtschaftsprinzipien und Wirtschaftszweige in den Vordergrund gestellt wird.

Die sachliche Verflechtung erscheint in horizontaler und vertikaler Richtung. Die horizontale Verflechtung, also die Bildung von Kartellen und Konzernen wird wegen der bereits hierüber angestellten Untersuchungen nur summarisch dargestellt, während die sogenannte vertikale Verflechtung, das heißt die gegenseitige Abhängigkeit der verschiedenen Wirtschaftszweige voneinander, sehr eingehend behandelt wird. Wesentlich ist die Feststellung des Untersuchungsausschusses, daß diese innere Verflechtung unserer Wirtschaft ganz besonders für die Preispolitik zutrifft, deren Wechselwirkungen in diesen Wochen des Preisstumpfes auf allen Gebieten von ganz besonderer aktueller Bedeutung ist. Sehr aufschlußreich ist auch der Abschnitt über die räumliche Verflechtung, der aufzeigt, daß jedes Wirtschaftsgebiet, sei es industrieller oder agrarischer Natur, zugleich gebender und nehmender Teil in der Volkswirtschaft ist.

Das wesentlichste Ergebnis der vorliegenden Untersuchung, das wichtigste sozialpolitische Folgerungen in sich schließt, ist aber die Herausarbeitung des Verhältnisses zwischen Binnenmarkt und Außenmarkt. Es zeigt sich hier, daß regelmäßig 80 bis 90 Prozent der deutschen Produktion im Inlande abgesetzt werden. Das Schwergewicht der deutschen Wirtschaft liegt also, was von unserer Seite immer wieder hervorgehoben werden ist, in einem kaufkräftigen Inlandsmarkt, auf dessen gesunder Grundlage sich erst der Auslandsmarkt gedeihlich entfalten kann.

Deutsche Seefischer im November. In der Nord- und Ostsee wurden im November 1930 insgesamt 268 Millionen Kilogramm im Werte von 6,92 Millionen Mark Seefische gefangen bzw. Erzeugnisse davon gewonnen. In der Nordsee wurden 19,17 Millionen Kilogramm Fische im Werte von 4,55 Millionen Mark, in der Ostsee 2,2 Millionen Kilogramm Fische im Werte von 0,67 Millionen Mark gefangen. Dazu kamen in der Nordsee Schalltierre in einer Menge von 0,86 Millionen Kilogramm (0,1 Millionen Mark) und 4,53 Millionen Kilogramm Erzeugnisse von verarbeiteten Seefischen (1,6 Millionen Mark). Im Bodensee und im Rhein wurden 14 800 Kilogramm Fische im Werte von 22 700 Mark gefangen.

Unveränderte Kalifonjunktur.

Kalifwirtschaft, eine Insel der Seligen.

Der Kalibergraben in Deutschland ist wohl die einzige Industrie, an der die beispiellose Krise des letzten Jahres so gut wie spurlos vorübergegangen ist. So hielt sich nach dem jetzt vorliegenden Jahresbericht der Gebrüder-Damann-Bank in Hannover der Absatz in den ersten zehn Monaten des letzten Jahres vollständig auf der Höhe des sehr guten Kalifjahres 1929, und nur im November trat ein einmaliger stärkerer Absatzrückgang ein.

Insgesamt legte das deutsche Kalifindikat im vergangenen Jahr 13,56 Millionen Doppelzentner Reinkaffee gegenüber 14,01 Millionen Doppelzentner im Vorjahre ab. Der Erlös dürfte sich einschließlich der Nebenprodukte auf rund 250 Millionen Mark belaufen.

Der Winterabsatz von rund 450 000 Doppelzentnern entfällt überwiegend auf den Inlandsmarkt. Die Ausfälle im Exportgeschäft sind dagegen nur ganz geringfügiger Natur. Von Bedeutung für die künftige Absatzentwicklung im neuen Jahr ist die am 1. Dezember 1930 getroffene Neuregelung der Bezugsbedingungen, die unter anderem Frachtovergünstigungen auf weite Strecken bis zu 37 Proz. vorsieht.

Eine bedeutende Rolle bei der weiteren Absatzausdehnung spricht der Bericht der Kalifbank der Milchdüngefrage zu. Bekanntlich ist der Wintershall-Konzern auf diesem Wege schon vorangegangen. Wenn die übrigen Großkonzerne sich diesem Vorhaben bisher nicht angeschlossen haben, so spricht neben technischen Erwägungen sicherlich auch das Bestreben, eine Rolle mit dem Chemietrust (S. O. Farbendindustrie), die mit ihrem seit Jahren eingeführten Milchdüngeprodukt (Nitrophoska) einen großen Vorsprung besitzt, möglichst gemeinsam vorzugehen.

Die Kaliförderung bzw. -verarbeitung wurde wieder von etwa 40 Schächten und 30 Fabriken betrieben. Die Leistungsfähigkeit der Werke war im letzten Jahr schätungsweise zu 70 Proz. ausgenutzt. Ausgeschlossen sind die beiden Werke der Brauhag bei Wienenburg, die im Mai durch die Wasser-tatastrophe zum Erliegen kamen und nicht mehr zu retten waren.

Roggenanbau wird eingeschränkt.

Nach den Feststellungen des Statistischen Reichsamtes ist die Roggenanbaufläche im Reichsdurchschnitt um 9,6 Proz. bei einer gleichzeitigen Zunahme der Weizenanbaufläche um 6,9 Proz. eingeschränkt worden. Noch deutlicher tritt die Abkehr vom Roggenanbau bei den Berufsrichtungsstellen des Deutschen Landwirtschafters hervor, dessen Preisberichtsstelle jetzt eine Umfrage über den Anbau von Wintergetreide veranstaltet hat. Auf Grund der hierbei erlangten Ziffern ist die Anbaufläche von Winterroggen gegenüber dem Vorjahr sogar um 18 Proz. eingeschränkt worden, während andererseits der Anbau von Winterweizen um 16,7 Proz. zugenommen hat. Es zeigt sich also, daß die schon seit zwei Jahren an die Landwirtschaft gestellte Forderung, den Preisrückgang am Roggenmarkt und der Wandlung des Konsums durch Einschränkung des Roggenanbaues Rechnung zu tragen, jetzt von den fortschrittlichen landwirtschaftlichen Betriebsleitern endlich in die Tat umgesetzt wird.

Am 1. Januar 1931 wurde unser Kollege

Willi Schneider

im Alter von 73 Jahren von Nationalsozialisten erschossen. Der unter so tragischen Umständen in seiner schönsten Jugend aus dem Leben Geschiedene hat es verdient, sich die Liebe und das Vertrauen aller Mitarbeiter während seiner Tätigkeit bei der Allgemeinen Ortskrankenkasse der Stadt Berlin zu erwerben. Sein Andenken wird von uns stets in Ehren gehalten werden. An der Leberführung der Leiche vom Saalbau Friedrichshain nach dem Krematorium Gerichstraße wird sich die Belegschaft der AOK. reuig beteiligen.

Die Kolleginnen und Kollegen der Allgemeinen Ortskrankenkasse der Stadt Berlin.
I. A.: Der Betriebsrat

Nach langem, schweren Leiden verschied am 2. Januar 1931 unser Kollege

Louis Nixdorf

im 65. Lebensjahre. Wir verlieren in ihm einen jederzeit pflichttreuen Mitarbeiter und vorzüglichen Kollegen.

Gesamtverband der Arbeitnehmer der öffentlichen Betriebe und des Personen- und Warenverkehrs. Bezirks- und Ortsverwaltung Berlin.

Die Einäscherung findet am Donnerstag, dem 8. Januar, 19 Uhr, im Krematorium Gerichstraße statt.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltungssitz: Berlin

Todesanzeige

Dem Mitgliedern zur Nachricht, daß unter Anrede, der Arbeiter

Paul Niendorf

geb. 8. Februar 1874, am 4. Januar an Schlaganfall gestorben ist.

Die Beerdigung findet Freitag, den 9. Januar, 13 Uhr, im Krematorium Gerichstraße statt.

Reg. Beteiligung wird erwartet.

Nachruf

Am 21. Dezember 1930 ist unter Anrede, der Goldschmied

Wilhelm Wegener

Die Beerdigung hat bereits stattgefunden.

Obre ihrem Andenken: Die Ortsverwaltung.

Dankagung.

Für die mir bewiesene Teilnahme anlässlich der Einäscherung meines lieben Mannes

Karl Böicke

sage ich allen meinen Kollegen und Kolleginnen vom (Gesamtverband), insbesondere denen der Betriebe in der feine tröstlichen Worte, sowie allen Freunden, Bekannten und der 22. Abteilung der SPD, meinen herzlichsten Dank!

Witwe Martha Böicke.

Stempel-Hecht

Fabrik Robert Hecht

in: Alfred Scheller Berlin S 14, Annenstr. 10

Ferrut F 7 Jannowitzsiedl

liefert Stempel jeder Art

